Mittag-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Achtundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 848.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 2. Dezember.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1881.

Amtliches.

Berlin, 1. Dezember. Der König hat den Ersten Seminarlehrer Bohnenstädt in Kyritz zum Seminar-Direktor ernannt, und den seitherigen unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Kreuznach, Kaufmann und Gutsbesitzer Winckler daselbst, in Folge der von der dortigen Stadtverordnetenversammlung getroffenen Wiederwahl in gleicher Eigenschaft für eine fernere sechsjährige Amtsdauer bestätigt.

Dem Seminar-Direktor Bohnenstädt ist das Direktorat des Schullehrer-Seminars in Bederkesa übertragen worden.

Der Konsistorial-Assessor Kirchstein zu Königsberg i. Pr. ist in Folge seines Uebertritts zur allgemeinen Staatsverwaltung aus der kirchlichen Verwaltung ausgeschieden. Der in die Pfarrstelle zu Treptow a. Toll. berufene Superintendent der Synode Belgard, Pfarrer Wegener in Belgard, ist zum Superintendenten der Diözese Treptow a. Toll., Regierungsbezirk Stettin, bestellt worden.

Deutscher Reichstag.

7. Sitzung.

Berlin, 1. Dezbr. 12 Uhr. Am Tische des Bundesraths von Bötticher, von Schelling u. A., später Fürst Bismarck.

Die Etatsberathung beginnt heute mit Kap. 7 Reichsamt des Innern, Tit 1 Staatssekretär des Innern 36,000 Mk.

Abg. Windthorst: Durch das gleichzeitige Tagen anderer Landtage und sonstiger Vertretungen, z. B. der Provinziallandtage in Münster und Düsseldorf, wird dem Reichstage eine Reihe der werthvollsten Kräfte entzogen. Warum werden diese Vertretungen nicht früher oder später zusammenberufen? Jedenfalls ist dies Zusammentagen den Interessen des Reiches nicht zuträglich.

Staatssekretär v. Bötticher: Es scheint, daß mit dem Verfahren, welches in diesem Jahre rücksichtlich der Berufung des Reichstages eingeschlagen ist, auch keine wirksame Abhilfe geschaffen ist. Ich glaube, es ist auf allen Seiten des Reichstages angenehm empfunden worden, daß man die Sitzungen des Reichstages nicht hinausgeschoben hat bis zur Mitte des Februar wie bisher, sondern daß man entsprechend der Rickert'schen Anregung den Reichstag so zeitig berief, daß eine Kollision mit der größten deutschen Partikularversammlung nicht stattfindet. Nun ist es ja richtig, daß auch der gegenwärtige Modus nicht völlig die Theilnahme sämmtlicher Reichstagsabgeordneten sicherstellt, daß vielmehr durch eine Reihe von Landesversammlungen und Provinziallandtagen ein Theil der Mitglieder dieses Hauses am Erscheinen verhindert ist. Ich kann in der That keinen andern Ausweg finden als Ihnen zu empfehlen, die parlamentarischen Sitzungen zu beschränken und die Aufgaben nicht so zu häufen, wie es gegenwärtig der Fall ist. Der Herr Reichskanzler gewiß Derjenige sein, der am allerempfindlichsten durch diese Uebelstände berührt wird. Er wird gewiß bemüht sein darauf hinzuwirken, daß die Partikularversammlungen hinter dem Reichstage zurücktreten. Ob ihm dies aber in dem wünschenswerthen Umfange gelingt, wird erst die Zukunft lehren.

Abg. v. Minnigerode: Die Klage des Abg. Windthorst ist um so gerechtfertigter, als wir jetzt zum ersten Male durch die frühzeitige Einberufung des Reichstages in normale Verhältnisse gekommen sind.

Abg. v. Stauffenberg: Sobald einmal ganz genau festgestellt sein wird, in welcher Zeit des Jahres der Reichstag einberufen werden soll, dann wird es auch den Einzellandtagen möglich sein, sich danach zu richten. Aber im Augenblick ist das nicht möglich.

Abg. Windthorst: Warum konnten die Provinziallandtage in Münster und Düsseldorf nicht so rechtzeitig einberufen werden wie in Hannover? Auch die Vertretung von Elsaß-Lothringen, die im Dezember zusammentritt, kollidirt nicht mit dem Reichstage, und die Reichsregierung hat auf ihre Berufung einen direkten Einfluß gehabt.

Staatssekretär v. Bötticher: Der Einfluß der Reichsregierung auf die Regierung von Elsaß-Lothringen ist doch nicht so bedeutend, wie der Abg. Windthorst annimmt. Ich kann konstatiren, daß die Reichsregierung an der Zusammenberufung des Landesausschusses in Elsaß-Lothringen nicht betheiligt ist. Ihn früher zu berufen, war deshalb nicht möglich, weil der ihm vorzulegende Haushaltsetat bisher noch nicht fertig war und erst gestern vom Bundesrath angenommen worden ist. Die Provinziallandtage aber von Westfalen u. s. w. konnten deswegen nicht so zeitig berufen werden wie in Hannover, weil auch hier die Vorlagen nicht früher haben fertig gestellt werden können. Im Ganzen dürften durch das gleichzeitige Tagen sämmtlicher Vertretungen etwa die Hälfte der Mitglieder diesem Hause entzogen werden.

Abg. Reichensperger (Olpe): Das Zusammentagen der einzelnen Vertretungskörper darf auf die Dauer nicht geduldet werden. Zu dem Ende hatte ich schon im vorigen Jahre beantragt, daß dies Zusammentagen reichsgesetzlich verboten werde. Der Antrag wurde abgelehnt und ich will ihn nicht wieder aufnehmen, bleibe aber dabei, daß die Würde des Reichstages es erheischt, daß entweder thatsächliche Garantien für sein alleiniges Tagen geboten werden, oder daß ein positives Verbot erlassen werde.

Abg. Dr. Franz: Diesem Vorschlage kann ich mich doch nicht anschließen. Doch wird sich ein anderer Modus finden lassen, der den berechtigten Wünschen des Reichstages entspricht. Bei diesem Titel möchte ich dem Herrn Staatssekretär meine Anerkennung und meinen Dank aussprechen für die Erfüllung meiner vorjährigen Wünsche bezüglich der Berichte der Fabrik-Inspektoren. Der Reichstag beschloß 1878 eine Resolution, die Regierung möge Erörterungen darüber anstellen, durch welche Mittel den Unzuträglichkeiten in Folge der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter von 14 bis 16 Jahren abzuhelfen sei, und dem Reichstage eine Vorlage darüber zugehen lassen. Wie weit sind diese Erörterungen gediehen und wann haben wir eine Vorlage zu erwarten? Dann möchte ich den Herrn Staatssekretär bitten, seinen Einfluß im Staatsministerium dahin geltend zu machen, daß eine gründliche Untersuchung der bedenklichen Arbeiterverhältnisse im schlesischen Eulengebirge vorgenommen werde. Es herrscht in diesen Weberdistrikten eine wirkliche Nothlage, sowohl in materieller wie in geistiger Beziehung. Aufgabe der Fabrikinspektoren wäre es, auf diese Arbeiterverhältnisse ihr ganz besonderes Augenmerk zu richten und namentlich auf eine Hebung der Moralität hinzuwirken. Das wird aber nur dann gelingen, wenn endlich der Kulturkampf beseitigt wird, der auch dort zahlreiche Pfarreien verweist hat.

Staatssekretär v. Bötticher: Den Wunsch, daß der Kulturkampf beendigt werde, kann ich meinerseits nur acceptiren. Was die fragliche Resolution anlangt, so bin ich zu meinem Bedauern erst kurz vor der heutigen Berathung durch die Güte des Herrn Vorredners auf diesen Gegenstand aufmerksam gemacht worden und ich kann in diesem Augenblick wirklich nicht sagen, was aus dieser Resolution geworden ist. In den Aktenstücken des Bundesraths von 1879, worin die Beschlüsse desselben über die einzelnen Resolutionen stehen, findet sich diese nicht wiedergegeben. Bis zur dritten Lesung des Etats werde ich die nöthige Auskunft geben. Ueber die Untersuchung der Verhältnisse im Eulengebirge kann ich mich selbstverständlich nicht äußern; das aber kann ich in Aussicht stellen, daß sie einer wohlwollenden Prüfung werden unterzogen werden. Auch ich bin der Meinung, daß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auf die Hebung der Moralität in den dortigen Kreisen hingewirkt werden muß, allein ich glaube kaum, daß die Reichsgesetzgebung dazu im Stande sei. Es wird dies vielmehr der Landesgesetzgebung, der Landesverwaltung und namentlich der Thätigkeit der Gewerbeverwaltung überlassen werden müssen.

Beim Titel Allgemeine Fonds lenkt der Abg. Frhr. v. Pfetten die Aufmerksamkeit des Staatssekretärs auf die vielfachen, auch in Petitionen niedergelegten Klagen deutscher Aussteller in Melbourne über die Schädigungen, welche ihnen von den mit der Vertretung ihrer Interessen beauftragten Agenten zugefügt seien.

Staatssekretär v. Bötticher: Da der Vorredner nur von Privatagenten gesprochen hat, so handelt es sich hier auch nur um eine Frage des Privatrechts. Etwas anderes wäre es, wenn diese Interessenten geschädigt wären durch die Handlungen des mit der Leitung der Ausstellung beauftragten Reichskommissars. Da dies aber nicht behauptet ist, so glaube ich auch nicht, daß man das Reich verantwortlich machen kann. Der Reichsregierung ist von diesen Vorgängen nichts bekannt und ich kann nur anheimstellen, die Petitionen der Reichsregierung zu übergeben. Ich kann in Aussicht stellen, daß der Sachverhalt sorgfältig geprüft werden wird.

Abg. Frhr. v. Pfetten sucht auf Grund von ihm brieflich gemachten Mittheilungen nachzuweisen, daß der Reichskommissar an der Schädigung der deutschen Interessenten nicht ganz ohne Schuld sei und bittet die Petitionen dem Reichskanzler zur Kenntnißnahme zu überweisen.

Nachdem der Staatssekretär v. Bötticher nochmals erklärt, daß diese Vorgänge gar nicht zur Kenntniß der Reichsverwaltung gelangt seien, daß sie aber geprüft werden würden, sobald ihm die Petitionen übergeben seien, verzichtet Abg. Frhr. v. Pfetten auf die Stellung eines besonderen Antrages.

Beim Titel Volkswirthschaftsrath 85,000 Mark ergreift das Wort

Abg. v. Benda: Herr v. Bennigsen hat erst vor wenigen Monaten im Namen seiner politischen Freunde die Bewilligung für den Volkswirthschaftsrath abgelehnt und diese Ablehnung ausführlich motivirt. Seitdem ist nichts eingetreten, was diese Ablehnung erschüttern könnte. Ich möchte meinerseits nur betonen, daß wir in jedem gegebenen Falle, wenn die Regierung eines Beirathes durch Vernehmung von Sachverständigen bedarf, ihr die Mittel dazu bewilligen werden. Wir sind aber gegen den Volkswirthschaftsrath als einer dauernden, organischen Institution, begründet durch das Ordinarium des Etats. Wir sind dabei nicht von der Vermuthung ausgegangen, daß es irgend in der Absicht liegt, diese Institution mißbräuchlich gegen das Parlament zu verwenden; aber wir sind auf Grund vielfacher Erfahrungen der Ueberzeugung, daß eine solche Institution, bestehend aus ansehnlichen Personen ohne Verantwortlichkeit für ihre Berathungen und Beschlüsse, sehr leicht und fast unaufhaltsam auf Abwege gerathen kann, daß sich in ihr ein gewisser Kastengeist ausbilden kann, welcher störend werden könnte nicht allein für die Regierung, sondern auch für die Gesetzgebung selbst. Der Volkswirthschaftsrath ist um so überflüssiger, als jetzt schon eine große Zahl von Organen der Selbstverwaltung existirt, welche vollkommen zur Erfüllung dieser Zwecke ausreichen. Ich erinnere nur an den Landschaftsrath des Herrn v. Wedell-Malchow, der sehr Erhebliches für unsere Gesetzgebung bereits geleistet hat. Dies sind die Gründe, welche meine Partei bestimmen, einstimmig gegen diesen Titel zu stimmen.

Reichskanzler Fürst Bismarck: Ich erlaube mir, gegen diesen Antrag auf Ablehnung meinerseits die Annahme nochmals mit denselben Gründen, wie das vorige Mal, zu empfehlen, und möchte doch davor warnen, daß die Herren nicht hinter einfachen Bestrebungen, die Geschäfte zu erleichtern, stets politische Motive wittern. Wie der Herr Vorredner weise ich alle politischen Unterstellungen zurück. Der Gedanke, damit das parlamentarische Gewicht zu schwächen, hat uns außerordentlich fern gelegen, als wir in Preußen die Einrichtung in's Leben zu führen suchten, sondern wir haben einfach gefühlt, daß wir für unsere Vorlagen nicht überall die hinreichende sachliche und vielseitige Vorbereitung gehabt hatten. Es ist uns das ja auch sehr lebhaft hier zu Gemüthe geführt worden, daß unsere Vorlagen unvollkommen, unvollständig sind; man hat sie, wie die Lehrer eine Schularbeit kritisiren, hier von Hause aus so bezeichnet: die Arbeit sei schlecht, sie müsse neu gemacht werden. Nun, die Regierung glaubt ja nicht Alles zu verstehen. Wenn man so lange, wie ich, in ihr thätig gewesen ist, so drängt sich einem nothwendig mit der Zeit die Ueberzeugung auf, daß die Art, wie Gesetzentwürfe entstehen, eine mangelhafte ist, weil den Regierungsorganen und Ministerien bei der Ueberlastung mit Arbeiten, die aus der alljährlichen Konkurrenz der parlamentarischen und der administrativen Aufgaben entstehen, die Zeit zu genauer Selbstprüfung nicht übrig bleibt, und außerdem, wenn sie die Zeit dazu hätten, so haben sie nicht immer die Kenntnisse. Es hat das zur Folge, daß die Gesetzesvorlagen sehr häufig nichts anderes sind, als das Ergebniß der Ueberzeugung eines einzelnen vortragenden Rathes, der gerade das Departement unter sich hat, es vorzugsweise pflegt, es wahrscheinlich auch versteht, aber doch einseitig vom grünen Tisch aus auffaßt, weil er mit den Arbeiten des praktischen Lebens als Ministerialrath nicht die nothwendigen Beziehungen hat. Viele von diesen Herren haben, wenn sie in diese Stellung kommen, irgend ein Lieblingsprojekt in ihrem Fache liegen, und ihr Chef verweigert ihnen vielleicht mehrere Jahre hindurch die Gefälligkeit, diesen Lieblingsgesetzentwurf sich anzueignen und in die Oeffentlichkeit zu lanziren; schließlich wird er weich und der Verfasser hat die Freude, sein Werk in die Oeffentlichkeit gehen zu sehen. Er ist Spezialist, er hat das Werk mit Sachkunde, aber doch vom einseitigen und theoretischen Standpunkte aus gearbeitet, sein Chef ist nicht einmal Spezialist. Nun wird das Werk beispielsweise in das preußische Staatsministerium eingebracht — ja, da ist im Allgemeinen in Fachsachen doch bei den Ministern dasjenige kollegialische Vertrauen vorhanden, daß man glaubt, der Ressortkollege wird die Sache hinreichend sorgfältig geprüft haben; die anderen Herren, ich spreche rein aus Erfahrung — haben große Packete von Unterschriften daneben, manche haben ja hunderte von Unterschriften täglich zu leisten, das eine Packet schwindet, das andere wächst auf der anderen Seite, während dessen ist in ununterbrochen gleichem Tone der Vortrag des betheiligten Ministerialraths hörbar; der Vorsitzende ist vermöge seiner Pflicht genöthigt, die Debatte zu leiten und zuzuhören, kann aber den 120 Paragraphen in ihren Einzelheiten nicht folgen — im Ganzen wird der Gesetzentwurf im Ministerium angenommen im Vertrauen auf die Sachkunde und die sorgfältige Untersuchung des Ressortministers, während dieser wieder überzeugt ist von der Sachkunde seines tüchtigen Raths, der sich Jahre lang damit beschäftigt hat. Die Arbeit mag vielleicht vom Standpunkt des Einzelnen eine ganz gute sein, aber sie leidet an ihrer Einseitigkeit. Wir glauben im Staatsministerium nicht, daß uns über alle Fragen, die vorkommen können, die Sicherheit des Urtheils angeboren ist; wir haben das Bedürfniß uns zu informiren und ich möchte doch glauben, die parlamentarischen Versammlungen sollten dieses Bedürfniß auch einigermaßen haben; sie sind ja natürlich von Hause aus, da sie von der Nation gewählt sind, viel erleuchteter als die Minister, die nur von dem Monarchen gewählt werden (Heiterkeit), aber sie können unmöglich in der Kürze der Zeit, in dem Drange der Geschäfte, in dem Uebermuchern der sachlichen Geschäfte, mitunter auch in den Friktionen und Kämpfen mehr politischer Art, wie sie vorkommen, es kann unmöglich jeder Einzelne von den vierhunderten in jede Sache so eindringen, daß ein klarer Fingerzeig von wirklich sachkundiger Seite ihm nicht auch erwünscht sein sollte. Mir scheint dies so natürlich, daß ich in die Nothwendigkeit gerathe, politische Motive unterzuschieben und an die Befürchtung zu glauben, als wenn durch die Gesellschaft Sachkundiger die parlamentarische Autorität gefährdet wäre, als ob eine Rivalität eintreten könnte, während wir nur ein Hilfsorgan für alle Faktoren der Gesetzgebung damit anstreben, was Ihnen in gleichem Maße dienstbar sein soll. Sie können und sollten unter Umständen beschließen, die Sache pro informatione an eine solche Enquete durch Sachkundige zu verweisen. Daß Sie dazu eine stehende Institution haben, halte ich darum für nützlich, weil nur diejenigen Erwählten oder Ausgesuchten aus den wirthschaftlichen Verhältnissen, welche einmal sich eingearbeitet haben in solche Sachen, welche auch durch ihre Annahme zu erkennen gegeben haben, daß sie Zeit und Lust dazu haben, — weil nur diejenigen überhaupt sich damit befassen — in der oft kurzen Zeit eine geschäftlich hinreichend geformte Aeußerung ohne viel Diskussion zu geben. Sind das eine Zeit lang immer hintereinander dieselben Leute, so werden sie eine gewisse Praxis in der Behandlung dieser Sachen, in der Abfassung dieser Diskussionen haben, die jetzt vermißt wird, wenn man eine ganz allgemeine Enquete veranlaßt, für die man ganz beliebig ohne den mindesten Fingerzeig sich die Sachkundigen aussuchen und einberufen soll, von denen man gar nicht weiß, ob sie bereit und geneigt sind, dergleichen anzunehmen. Es ist dies der Wunsch, der Ihnen heute wieder von uns entgegentritt und der so schwer auf unseren Ministern lastet, daß er in jeder Session Ihnen wieder entgegentreten wird. (Heiterkeit. Hört, hört! links.) Es handelt sich doch nicht um Ihre Bedürfnisse hier, da Sie Alles selbst wissen, es handelt sich um die Bedürfnisse der Regierung, die nicht Alles weiß. Daß Sie uns die Mittel versagen, Ihnen sorgfältig allseitig geprüfte Vorlagen zu bringen, ist in der That eine außerordentliche Härte und eine Hemmung der Staatsmaschine und des einen Gliedes der Gesetzgebung, welches mit Ihnen zusammen arbeiten soll. Sie sollten uns helfen, uns aufzuklären, Sie sollten mit Freuden das Bekenntniß der Regierung ergreifen, daß die Regierung nicht allwissend ist und nicht in ihrer bureaukratischen Allmacht vom beschränkten Unterthanenverstand — wie dies früher geschehen sein soll — spricht, sondern sich an diesen Unterthanenverstand vertrauensvoll wendet. (Bravo! rechts.) Dieses Vertrauen fehlt Ihnen; es liegt eine Verachtung des Volkes und des praktischen Lebens in Ihrer Weigerung. (Oh, oh! links.) Sie sollten uns doch dieses Hilfsmittel nicht versagen. Wenn Sie es uns versagen, erwarte ich auch, daß Sie künftig die Kritik über unvollkommen ausgearbeitete Vorlagen — die uns zuerst auf diesen Gedanken gebracht hat, weil wir innerhalb der bureaukratischen Sphäre beim besten Willen und bei der besten sorgfältigsten Besetzung nicht alle die Auskunft haben können, die wir brauchen — daß Sie diese Kritik aufgeben. Sie sollten denn doch entgegenkommen und überhaupt die wirthschaftlichen Ziele mit uns gemeinsam festzustellen suchen und die Wege, die zu diesen Zielen führen, mit uns gemeinsam erwägen und uns helfen, diese Wege zu ebnen und sie mit uns wandeln. Hier ist wirklich eine Erschwerung, eine Hemmung, über deren wirkliche vor dem Volke offen zu rechtfertigenden Gründe ich mir nicht klar werden kann, und deshalb wiederhole ich: wir können nicht anders, wir müssen ihnen mit dieser Forderung wiederkommen, wir brauchen diese Institution ganz nothwendig. Wollen Sie uns das, was wir erbitten, wollen Sie uns die Mittel, die die Regierung zu ihrer Amtsführung bedarf, versagen, um die Regierung gewissermaßen lahm zu legen, um sie ohnmächtig, unwissend zu machen und sie nachher desto schärfer angreifen zu können, wenn sie unvollkommene Werke vorlegt? Ja, meine Herren, daß wir uns gegen ein solches System wehren durch jedesmalige Wiederholung der Vorlage, können Sie uns nicht verdenken. Sie könnten sonst sagen, daß es eine muthwillige Forderung von uns gewesen wäre, das Bedürfniß wäre erledigt, es ist nicht erledigt, es ist ein offenbares Bedürfniß, auf dessen Erfüllung und Abhilfe die Regierung ebenso gut bestehen muß, wie auf die Besoldung der nothwendigen Zahl von Beamten und auf sonst nothwendige sachliche Ausgaben. Wenn Sie uns die versagen wollen, ja dann hört das Geschäft auf. Wir sind in Preußen genöthigt gewesen und haben dort unter großem Entgegenkommen der Betheiligten und unter materiellen Opfern und an Zeit die Möglichkeit gefunden, uns diese Belehrung zu verschaffen. Für uns ist diese Belehrung, da wir derselben bedürftig sind, eine durchaus erwünschte und nützliche gewesen. Ich erinnere Sie an ein altes Sprichwort, dessen Schluß heißt: „Wer nicht weiß und weiß, daß er nicht weiß, der kommt immer noch sehr viel weiter als der, der nicht weiß und nicht weiß, daß er nicht weiß." Zu den ersteren gehören wir. Wir wissen manches nicht und sind uns dessen, daß wir es nicht wissen, bewußt, und erkundigen uns deshalb und suchen uns zu belehren. Zur zweiten Kategorie gehöre alle diejenigen, die glauben alles zu wissen und jede Belehrung sich versagen, wenn sie von Bauern oder sonstigen sachkundigen Arbeitern kommt. Wir haben in Preußen dieses Institut und da habe ich das Gefühl, daß es eine für den nationalen einheitlichen Gesichtspunkt unerwünschte Situation

ist, wenn da über die Vorlage, die der König von Preußen in seiner Eigenschaft als deutscher Kaiser macht, nur preußische Sachkundige gehört werden können und wir haben das Bedürfniß, unsere süddeutschen respektive sächsischen Landsleute dabei in gleichem Maße vertreten zu sehen. Die Regierungen haben dasselbe Bedürfniß. Sind denn alle 25 Regierungen so wenig zurechnungsfähig über das, was sie bedürfen, daß sie in einem solchen Verlangen einig sind? Das Bedürfniß bei den Regierungen ist so stark, daß, wenn S i e uns die Mittel versagen, wir an die Opferfreudigkeit des Volkes gegenüber der Versagung des Reichstags werden appelliren müssen und mit den Regierungen uns verständigen, ob sie ihrerseits bereit sind — und ich glaube, sie sind dazu bereit —, den preußischen Wirthschaftsrath, den wir demnächst gerade für die uns zunächst vorliegenden Aufgaben berufen wollen, durch Beschickung von Seiten der übrigen bundesstaatlichen Regierung zu vervollständigen. Dann müssen wir einen vom Reichstage unbewilligten, aber faktisch doch herzustellenden Volkswirthschaftsrath haben, bei dem wir uns Rath holen, um Ihnen etwas besser informirt gegenübertreten zu können, als es sonst der Fall sein würde. Gerade die Aufgaben, die die Regierung sich zunächst gestellt hat, die sozialen Reformen und selbst auch die finanziellen, erfordern eine ununterbrochene Wechselwirkung mit den praktischen Erfahrungen, die dabei in den wirthschaftlichen Kreisen des Volkes vorhanden sein können, weil sie auf die Entdeckung einer für die Regierung und für die bureaukratische Welt so gut wie terra incognita ausgehen und weil man diese Aufgaben, die ich mir nicht so weitgreifend denke, wie sie geschildert werden, sondern allmälig und empirisch, vielleicht nie erfüllen, aber doch der Erfüllung näher bringen kann. Aber auf diesem Gebiete, das wir neu betreten wollen und welches wird neu betreten werden müssen — wenn es von uns nicht geschieht, so wird das Bedürfniß später darauf dringen —, auf diesem Gebiete bedürfen wir mehr denn je des Stabes, der Fühlung, nicht wie ein Blinder sie braucht, aber doch wie einer, der eine Reise in eine bisher fast unentdeckte Gegend unternimmt. Denn die Wissenschaft, die nach einigen Seiten sehr weithin vordringt, ist in die Verhältnisse, welche man zur praktischen Lösung der Aufgaben, die sich das kaiserliche Programm gestellt hat, kennen und erwägen muß, noch nicht so tief eingedrungen, daß sie uns hinreichend Belehrung gäbe, und wer, wie ich, von seiner Kindheit her, das Innere der Arbeiterhäuser und ihr Familienleben kennen gelernt hat, wird darin oft Eindrücke und Wahrnehmungen erhalten, die er in keinem noch so gelehrten wissenschaftlichen Buche richtig wiedergegeben findet. Ich glaube, daß gerade diese Fragen sich von den praktischen Industriellen, Landwirthen, Kaufleuten besser beantworten lassen, als von den wissenschaftlich gebildeten und bei uns hauptsächlich das Wort führenden Mitgliedern des Reichstages, (Heiterkeit) und selbst als von Seiten derer möglich ist, die ihrerseits denselben praktischen Kreisen angehören, aber hier immer in einer ziemlich kurzen Zeit und ohne auf die anderen Aufgaben zu verzichten genöthigt werden, sich ein sicheres Urtheil über eine, ich kann wohl sagen, riesenhaft ausgedehnte Aufgabe, über ein System zu bilden. Ich glaube, Sie können uns auf die Dauer diese Beihilfe zu unserer Information gar nicht versagen, und wie der Tropfen den Stein höhlt und schließlich es schon in der Schrift gesagt ist, daß unablässiges Bitten den Versager doch endlich ermüdet, werde ich in jeder Sitzung wieder kommen und, wenn Sie es uns diesmal abschlagen sollten, was ich nicht hoffe, immer von Neuem bitten: Geben Sie uns diese Unterstützung zu unserer Information. (Beifall rechts.)

Abg. L e u s c h n e r (Eisleben): Die Handelskammern können nicht das ersetzen, was mit dem Volkswirthschaftsrath bezweckt wird. Sie vertreten vorzugsweise den Handel, im Volkswirthschaftsrath bilden Handel, Industrie und Landwirthschaft zusammen ein harmonisches Ganzes. Es ist sehr bedenklich, wenn die entscheidende Instanz nicht völlig informirt ist. Zur Feststellung eines richtigen Zollsatzes genügt nicht die Kenntniß der politischen Oekonomie, dazu gehört vor Allem vollständige Beherrschung des gesammten historischen und statistischen Materials und das kann man nicht von jedem verlangen. Dazu gehören lange und ernste Studien, die zu machen nur der Beruf ermöglicht. Die Interessenten müssen am Besten wissen, was für sie gut ist. Um also wirthschaftlich richtig zu verfahren, muß man das zu erforschen suchen, was absolut nothwendig ist. Ich empfehle daher dringend, diese Position zu bewilligen, wenigstens für das nächste Jahr.

Abg. Dr. B a m b e r g e r: Diejenigen, welche die Forderung ablehnen, haben nicht die Absicht, damit den Regierungen die Mittel zu verweigern, deren sie zur Bearbeitung von Vorlagen bedürfen und der Herr Reichskanzler brauchte nicht an ihr Gewissen zu appelliren. Wir würden in jedem gegebenen Fall oder in anderer Form bereit sein, die Frage zu untersuchen, wie die nöthige technisch-sachliche Einsichtnahme in gewisse für die Gesetzgebung vorzubereitende Materien auch für die Regierungen besser beschafft werden kann. Aber dieser Volkswirthschaftsrath scheint uns nicht das richtige Mittel und giebt zu gewichtigen Bedenken Anlaß. Wir stehen also prinzipiell der von dem Herrn Reichskanzler als nothwendig hingestellten Erleichterung nicht entgegen, sondern nur der Form, in der sie verlangt wird. Die Geldfrage kommt hier durchaus nicht in Betracht. In einem Punkt weiche ich von Herrn v. Benda ab und pflichte dem Herrn Reichskanzler bei: für viele von uns, so auch bei mir, wirken politische Motive bei der Ablehnung mit, Motive, die sich in dieser Session und nach den Erfahrungen der letzten Tage noch verschärft haben. Wir sind am Schluß der gestrigen und in der heutigen Sitzung wieder in einen ruhigen Verlauf unserer Verhandlungen eingetreten und ich bestrebe mich aufrichtig ihn nicht wieder zu verlassen, aber das kann uns nicht hindern, die Sachen so darzustellen, wie wir sie ansehen. Es kommt ja auch für den mehr oder minder erfreulichen Verlauf einer Debatte viel weniger darauf an, was man sagt, als wie man es sagt und ich hoffe auch diesmal keinen Anlaß zu Aergerniß zu geben. Ich gestehe nun, daß nach meiner Auffassung dieser Volkswirthschaftsrath dem Reichstage eine kleine Nebenkonkurrenz zu machen geeignet und bestimmt ist, und die parlamentarische Pragmatik dieser Session bestärkt mich in dieser Ansicht. Der deutlich und in verschiedenen Formen ausgesprochene Satz, daß es bei Meinungskonflikten zwischen Reichsregierung und Volksvertretung keinen Ausgleich giebt, entspringt aus dem ablehnenden Verhalten gegen das, was man konstitutionelles System mit Verwerfung der Sache genannt hat, so daß es also nothwendig sei von derselben einen Seite immer wieder zu kommen und anzuprallen, bis man die anderen niedergeworfen hat oder von ihr besiegt worden ist. Die Art, wie uns die heutige Vorlage begegnet, ist eine Bestätigung dieses Systems, das für die Pflege der öffentlichen Angelegenheiten nicht förderlich ist. Die Art ihrer Wiederkehr hat etwas Auffallendes; denn wenn auch der Herr Reichskanzler von der Nothwendigkeit, sie wieder vorzulegen, überzeugt sein mag, so war doch einige Rücksicht auf die Reichsvertretung geboten. Man kann ganz gut der Ansicht sein, daß sie nicht unfehlbar ist, daß man in der hohen Stellung der Regierung die Dinge besser beurtheilt und auf die Wiedereinbringung abgelehnter Vorlagen nicht zu verzichten braucht. Aber die Ablehnung der heute wieder vorliegenden erfolgte erst vor 5 Monaten nach gründlicher Berathung in zweimaliger Abstimmung mit ziemlich erheblichen Majoritäten, und man gab dem Reichstage nicht die Zeit, sich eines Besseren zu erinnern, obwohl die Zahl ihrer Gegner sich durch die Neuwahlen beträchtlich vermehrt hat. Gerade in diesem Vorgehen scheint mir die Mahnung an den Reichstag zu liegen, sich nicht durch ein kleines Nebenparlament vielleicht etwas verdrängen zu lassen. So lange er noch nicht da ist, stellt man den Volkswirthschaftsrath als ein völlig harmloses Ding dar; hat er aber seinen Ausspruch in zusagender Weise gethan, dann möchte der Ton doch ein anderer werden. Man hat nun auf das französische Vorbild hingewiesen; hat man aber wirklich so großen Grund, uns dieses leuchtende Exempel hier vorzuführen? Es ist ja, wie so viel in der neueren Zeit, auch dieser Vorschlag aus der französischen Praxis herübergekommen; man könnte jeden Tag etwas zitiren, worin wir die französische Routine nachahmen und zwar nicht immer die beste (Sehr wahr! links). Aber für diese Besonderheit spricht in ihrer ganzen Geschichte nichts, was dieselbe empfiehlt. Als Regierungsinstrument hat diese Institution in Frankreich ebenso oft dem Freihandel wie dem Schutzzoll dienen müssen. Aus handelspolitischen Gründen widersetzen wir uns demnach dieser Institution nicht. Im Gegentheil, wenn einmal etwas umzuwerfen wäre an der gegenwärtigen Handelspolitik, so müßten wir natürlich auch die Regierung für uns haben, und diese würde dann wahrscheinlich auch den Volkswirthschaftsrath für sich haben; da der Volkswirthschaftsrath ein Instrument der Regierung zu werden droht gegen die Volksvertretung und stets dorthin neigen wird, wohin ihm von der Regierung gewinkt wird, bin ich auch gegen die Vorschläge bezüglich der Zusammensetzung. Die Sache soll nur durch kaiserliche Verordnung geschaffen werden, es wird daher über die Fortexistenz dieser Institution die Gesetzgebung nicht mitzusprechen haben. Herr Windthorst hat früher darauf hingewiesen, daß es richtiger wäre einen Staatsrath einzusetzen und die Gedanken des Reichskanzlers stimmen damit überein. Der letztere hat uns das Bedürfniß für die Vorbereitung der Gesetze so geschildert, wie es nur befriedigt werden kann durch einen Staatsrath. (Sehr wahr! links.) Bedenklich ist die Zusammensetzung. Diese liegt in der Hand der Regierung, es werden in Preußen 90 Mitglieder gewählt, wovon die Hälfte von der Regierung herausgezogen wird und die Zahl wird auf 75 kompletirt dadurch, daß der Minister noch 30 Mitglieder ernennt. Es kann also leicht eine Regierungsmehrheit gebildet werden. Noch mehr ist dies bei den permanenten Kommissionen der Fall. Wir wollen zu dem Zweck, unparteiische Reden zu extrahiren, gern die Mittel bewilligen, aber es muß dies auf unparteiische Weise geschehen. Schon das vorige Mal habe ich mich darüber beschwert, daß die Verhandlungen des Volkswirthschaftsraths unverdaut, unverarbeitet, unübersehbar uns gegeben wurden, daß wir uns durch dieselben durcharbeiten mußten. Die Enqueten anderer Nationen, namentlich der Engländer, werden viel mehr ausgenutzt und geordnet, als es bei uns geschieht. Wenn der Reichskanzler schildert wie schwer es den Arbeitern in den Ministerien wird, die Materien durchzustudiren, so wird derselbe diese Mühe nur vermehren, wenn er einen Volkswirthschaftsrath schafft, dessen Debatten die Herren durchzustudiren haben. Ich glaube, spezielle Enqueten würden hier vielmehr zu dem Ziele führen, das ins Auge gefaßt ist. (Zustimmung links.) Ob das nun eine parlamentarische oder eine Regierungskommission sein soll, darüber wollen wir heute nicht streiten. Ich glaube allerdings daß dies wie in andern Ländern, so auch bei uns, erstrebt werden muß. (Sehr richtig! links.) Der Herr Abg. Franz hat vorhin der Reichsregierung seinen Dank abgestattet, daß jetzt die Berichte der Fabrikinspektoren seinen früheren Wünschen sich viel mehr angepaßt haben; das ist eine Institution, welche die Sympathie der Versammlung im höchsten Grade besitzt. Mit solchen Spezialmissionen können wir zu wahrer Aufklärung kommen; aber mit einer Reproduktion der parlamentarischen Debatten von verschiedenen Herren, die aus ihrem Geschäft hierher kommen und zu drei Viertel die Spezialien der Sache nicht verstehen, wird nichts gefördert werden als die Unklarheit, und es wird um so mehr dabei sein Bewenden behalten, weil wir es mit einem einseitigen Regierungsinstitut zu thun haben. Fällt das Verdikt so aus, wie die Regierung es wünscht, dann wird es benutzt, sonst nicht. (Sehr richtig! links.) Diese Erfahrung haben wir bei der Eisen-Enquete und Textil-Enquete gemacht. Der Herr Reichskanzler hat gestern oder vorgestern meiner Erwähnung gethan. Diese Ehre ist mir schon öfter erwiesen, allein es kam mir vor, als ob er mich dieses Mal nicht in seiner bisherigen verbindlichen Weise mit gewissen Anekdoten in Verbindung gebracht habe. Ich kann mich hierin irren, auch der Herr Reichskanzler hat neulich, als hier im Hause vom Danke der Nation die Rede war, gezeigt, daß man ungerechten Argwohn fassen kann —, und so kommt es mir vielleicht nur mit Unrecht vor, als verbinde er meinen Namen mit Dingen, um mich ins Lächerliche zu ziehen. Ich bin nicht gerade empfindlich hierfür, zur Noth könnte ich mich auch wehren, allein es sollte mir doch lieb sein, wenn ich mich in dieser Annahme irrte. Der Herr Reichskanzler hat die Anekdote vom alten Baron James Rothschild in Paris erzählt, der einen gewissen Meyer hatte, den er bei zahlreichen Gelegenheiten fragte: welche Meinung habe ich über diesen oder jenen Gegenstand? und die Anekdote weiter spinnend sagte der Kanzler: ich kann doch nicht in Zollangelegenheiten fragen: Herr Bamberger, welche Ansicht habe ich über Freihandel? Es lag eigentlich nicht sehr nahe meinen Namen zu nennen, da ich bis zu jenem Tage in die Diskussion nicht eingegriffen hatte. Ich will nur bemerken, daß jene Anektote eine richtige Charakteristik dessen bildet, warum wir hier streiten. Der alte Rothschild war ein sehr kluger Mann, wie auch der Reichskanzler bemerkte, und wenn ich nicht irre, hat der Mann, den er, ich weiß nicht ob mit Recht, Meyer nannte, bis zum Tode Rothschild's seine Funktionen beibehalten, die Meinung Rothschilds über amerikanische Häute und alles, was er nicht verstand, zu verbessern und zu vervollständigen. So viel ich weiß, ist Rothschild in leidlichen Verhältnissen gestorben (Heiterkeit) bei dem Besitz dieses Herrn Meyer. Der Herr Reichskanzler hatte auch einmal einen solchen Meyer, der hieß damals Delbrück (Sehr gut, links) und ich erinnere mich deutlich aus der glücklichen Zeit, wo ich noch die Ehre hatte, manchmal mit dem Herrn Reichskanzler in persönliche Berührung zu kommen, daß ich mehrmals ihm einen Zweifel oder eine Ansicht über etwas vortrug und er mir dann antwortete: davon verstehe ich nichts, wenden Sie sich an Herrn Delbrück." Das war damals s e i n Meyer. Wenn der Herr Reichskanzler jetzt es als komisch hinstellt, daß er Jemand neben sich haben soll oder andere Leute, die er fragen solle, was seine Meinung über diese oder jene materielle Frage wäre, so kommt es eben daher, daß er immer nur diejenige Antwort zu bekommen wünscht, die keine eigene ist. (Sehr richtig! links.) Der Reichskanzler findet es natürlich absurd, daß er mich fragen soll, was er über irgend eine Zollfrage denkt; — er hat vielleicht schon Leute gefragt, die nicht klüger waren als ich; aber das ist das Thatrichtige: er will Antworten haben, wie er sie wünscht. Daran gewöhnt man sich auch, wenn man mehr oder weniger allein regiert. Dieser Volkswirthschaftsrath wird nicht wie Herr Meyer sein, der seine eigene Meinung hat, sondern ein Herr Meyer, der immer die Meinung haben wird, die man von ihm verlangt. Wie die Regierung über die Aeußerung freier Meinung denkt, zeigt der Mahnbrief, den der Herr Reichskanzler an die Handelskammer in Grüneberg gerichtet hat. Ich will nicht Partei ergreifen und nicht entscheiden, ob die Handelskammer Recht oder Unrecht hat, wenn sie die gegenwärtige unerfreuliche Lage ihres Handels und ihrer Industrie von den neuen Zoll- und Handels-Verhältnissen herleitet. Aber ich frage mich doch, ob, wenn man so viel Werth darauf legt, die Leute, die im Leben praktisch am nächsten zu den Dingen stehen, ob man da so Recht hat, wenn einmal die Meinung nicht so ausfällt, wie man wünscht, sofort einen furchtbaren „Rüffel" zu ertheilen. Das scheint mir nicht die Art Derjenigen zu sein, welche objektive Wahrheit haben wollen. Die Sache könnte ja des Näheren untersucht werden. Ich will den Fall einmal umgekehrt setzen: hatte die Handelskammer in Grüneberg vor zwei Jahren einen solchen Nothschrei erlassen, so würde sie begrüßt worden sein mit Pauken und Trompeten. Es macht uns argwöhnisch, daß wir eine Institution schaffen sollen, die einerseits Meinung zu machen, andererseits Meinungen zu ersticken bestimmt ist. Der Vorredner meint, nur die Interessenten sollen für Urtheile über wirthschaftliche Fragen maßgebend sein. Ich glaube, das nächste Interesse macht blind, Niemand ist weniger geeignet, eine Spezialfrage richtig zu beurtheilen, als der, welcher sich täglich in ihr herumbewegt, wie in einer Tretmühle. Gerade weil der Herr Reichskanzler eine Anekdote von dem alten Pariser Rothschild erzählt hat, so will ich eine daran anreihen, die das am besten illustrirt. Er war ein sehr kluger Mann und die französische Regierung hat einst eine Enquete über das Bankwesen gemacht, in welchem er ganz gewiß zu Hause war und einer der Leiter der Enquete, Michel Chevalier, sagte mir einst, von allen in dieser Enquete vernommen wäre Niemand weniger geeignet gewesen, ein allgemeines Urtheil zu fällen, als gerade Rothschild; er hat nur immer von seinem Standpunkt gesprochen, das ist für Leute, die so voll durchdrungen sind von ihren bürgerlichen Aufgaben, von ihrem Gesichtspunkte aus, die Regel. Es liegt in diesem Appell an die Weisheit und Erleuchtung des Interessenten ein ganz großer Irrthum. Es besteht die Verwechslung zwischen Zeugen und Richter. (Sehr richtig! links.) Zeugen sollen die Interessenten sein, aber nicht Richter. Wen man ein Gericht aus lauter Zeugen zusammensetzt, so entstände eine babylonische Verwirrung. Dann werden die Zeugen von denen, die Zügel in der Hand haben, herangelockt, es entstehen jene Tauschgeschäfte, die wir in den letzten Jahren oft erlebt haben. Allgemeine Wahrheiten kommen dabei nicht heraus. Der Herr Reichskanzler hat es oft fühlen lassen, daß hier sehr wenig Männer wären, die Sachkenntniß des Lebens hätten, der Volkswirthschaftsrath würde aber gerade geeignet sein, dem Parlament das praktische Element streitig zu machen. Diese Institution würde für Manchen gewiß einen ähnlichen Reiz haben, wie die Mitgliedschaft in einer Volksvertretung. Wenn früher Einer über eine Sache so sprach, daß man merkte, er verstand etwas davon, so wurde er verdächtigt, da hieß es, er hat praktische Interessen an der Sache, den darf man nicht hören. Jetzt ist es anders; nein, man soll die Interessen hören, aber als Zeugen vor unparteiischen Richtern, und diese sollen die Volksvertretung sein. (Beifall links.)

Reichskanzler Fürst v. B i s m a r c k: Bevor ich auf die Sache eingehe, will ich dem Herrn Vorredner die Erklärung geben, daß es mir, wenn ich ihn gestern oder vorgestern persönlich erwähnte, gar nicht eingefallen ist, ihn, wie er meinte, damit lächerlich zu machen, es würde mir auch schwerlich gelungen sein, sondern ich habe ihn gerade als einen der hervorragendsten meiner Gegner zitirt, um dadurch zu zeigen, wie es für mich doch nicht möglich wäre, meine Vorlagen genau nach den Wünschen einzurichten, die hier im Reichstage mir gegenübertreten. Dann muß ich aber auch auf seine Aeußerungen, was ich leider in der Ausdehnung, in der er gesprochen hat, nicht vermögen werde, doch noch einiges erwidern, weil der Herr Vorredner die Bedeutung, die Tragweite der ganzen Vorlage, wie wir sie bringen, wesentlich verschoben hat, vielleicht unabsichtlich, vielleicht mißversteht er selbst, was wir erstreben. Er hat wiederholt den Akzent darauf gelegt, sie wollten Zeugen zulassen, aber sie brauchten keine Richter. Nun, meine Herren, weiter wie Zeugen suchen wir ja auch gar nicht. Richter! Mein Gott, worüber sollten denn diese richten! Ein Nebenparlament, das liegt uns ja ganz und gar fern. Ich möchte sagen, da kommt das Mißtrauen des argwöhnischen Alleinherrschers zum Vorschein, der seine andere Größe neben sich dulden will, das liegt uns eben sehr fern. Der Herr Vorredner hat gesagt, dieser Wirthschaftsrath würde nicht unparteiisch sein. Das soll er auch gar nicht. Die Regierung setzt ihn zusammen, wie sie will, das ist ja ganz natürlich. Die Regierung sucht ja keinen Richter weder über sich, noch über den Reichstag, sie sucht ein Hilfsorgan, um ihren eigenen Schwächen, ihrem Mangel an Kenntniß zu Hilfe zu kommen. Sie beabsichtigt auch nicht, sich die Meinung machen zu lassen von dem Volksrath, sondern ihre Meinung nicht eher festzustellen, als bis sie diese Sachkundigen über die Thatbestände, über die Bedürfnisse, über die Leiden der betreffenden Industrieen gehört haben wird. Der Herr Vorredner hat damit begonnen, daß er mir einen Vorwurf daraus machte, daß ich nach so kurzer Zeit, 5 oder 6 Monate, nachdem Herr von Bennigsen zu meinem großen Bedauern diese Vorlage, die gar keinen politischen Charakter hat, was ich schon damals sagte, bekämpft hat, sie wieder einbringe. Wenn wir das nicht thäten, so würden Sie glauben, daß das Bedürfniß, eine solche Institution zu haben, bei uns nicht fortbestehe. Darauf sagt Herr Bamberger: da irren Sie sich, Sie bedürfen deren gar nicht, je weniger informirt Sie vor uns kommen, desto leichter ist unser Spiel, (Widerspruch links) — mag der Gedanke zu Grunde liegen, ich weiß es nicht, aber auf mich macht es den Eindruck und im Lande macht es den Eindruck: Sie sollen Ihre Informationen allein hier machen. Der Reichstag kann Alles, Alles ablehnen, Alles amendiren, aber die Vorlagen kann er für die Regierung nicht arbeiten, darauf kommt es an, und das liegt in der ganzen Motivirung, die wir voriges Jahr gebracht haben, und die wir immer bringen. Da ist nicht die Rede von Richtern, von Beschränkung der Kompetenz des Reichstages, wenn man nicht außerordentlich argwöhnisch und mißtrauisch ist, wie ich das zu meinem Bedauern aus dem Munde eines so angesehenen Parlamentariers, wie der Vorredner ist, entnommen habe — ich glaubte, Sie wären Ihrer Stellung und Herrschaft sicherer, als daß Sie sich vor einem Wirthschaftsrath fürchteten. (Heiterkeit rechts.) Außerdem hat der Vorredner darauf doch zu wenig Gewicht gelegt, daß dies ein ganz neuer Reichstag ist. Wenn wir dem unser Bedürfniß nicht wieder anmeldeten, so würde man mit Recht annehmen: Sie sind still, also sie sind zufrieden; daraus sieht man, es war eine Nörgelei, ein plötzlicher Einfall, einer von den vielen „schenialen", ich würde „genialen" sagen (Heiterkeit) — Einfällen, die in dem Kopfe des Reichskanzlers entstehen und wieder vergehen, je nachdem es phosphorescirt. Der Volkswirthschaftsrath soll gar nicht, wie der Vorredner sagte, zwischen dem Reichstag und Bundesrath stehen, er soll einfach hinter dem Bundesrath stehen, hinter den Regierungen, namentlich hinter der eigentlichen Präsidialinitiative, von der die meisten Vorlagen ausgehen, damit sie durch die Zeugenvernehmung dieser Sachverständigen sich informiren kann, bevor sie mit ihrer Weisheit an das Licht des Tages tritt. Es ist das doch eigentlich eine außerordentlich geringschätzige Behandlung der Regierungen, wenn sie alle 25 darüber einig sind, sie bedürfen dessen und hier wird uns gesagt: Nein, Sie irren sich alle 25, Sie sind für unsere Bedürfnisse klug genug, Sie sollen sich nicht besser informiren, als wir; wir werden dafür keinen Groschen bewilligen. Ich erwähnte schon, daß die Zusammensetzung des Wirthschaftsrathes natürlich in den Händen der Regierung liegen muß, sie sucht ihre Information da, wo sie sie zu finden glaubt. An eine Art Richterkollegium dabei sich zu wenden, das fällt ihr nicht im Traume ein; Richter haben wir schon genug in der Welt. (Heiterkeit.) Der Herr Vorredner hat gemeint, wir würden denselben Zweck durch Enqueten ad hoc jedesmal mit weniger Arbeit erreichen. Er hat mir also nicht geglaubt, was ich vorhin schon sagte, die Enqueten ad hoc machen ganz zweifellos mehr Arbeit, weil man immer homines novi dabei bekommt, von denen jeder Einzelne zuerst vielleicht das Bedürfniß hat, den Beweis zu liefern, wie fachkundig er ist, was er versteht, was er weiß; bei solchen Enqueten findet man sehr häufig, daß die unrichtige Vorstellung über das, was für die Gesetzgebung überhaupt möglich ist, zu erreichen, also, was der Herr Vorredner bezeichnete mit dem Monopolbedürfniß für jeden Einzelnen, über das sich der Minister selber beklagt hätte, das findet man bei den plötzlichen Enqueten, bei denen, die noch grün sind auf diesem Gebiete, sehr viel häufiger als bei anderen, die schon einigermaßen eingelernt sind. Es ist wirklich bedauerlich, daß ich vor Ihnen so lebhaft plaidiren muß für die Sorte Information, die wir zu brauchen glauben und über deren Bedürfniß, ohne den Rechten des Reichstags zu nahe zu treten, die Regierungen allein urtheilen können. Wir können natürlich, so weit es Geld kostet, es nicht ohne Ihre Zustimmung machen; aber daß Sie uns den Brodkorb so hoch hängen, daß Sie uns die Information nicht gönnen, die wir zu brauchen glauben, das halte ich wirklich nicht der parlamentarischen Billigkeit und dem Entgegenkommen entsprechend, welches die gesetzgebenden Körper einander leisten sollen. Der Herr Vorredner meint, daß man in dem Wirthschaftsrathe die objektive Wahrheit nicht finden würde. Ja, da möchte ich nur mit Pilatus fragen: was ist Wahrheit auf diesem Gebiete? Ich weiß nicht, ob wir darüber jemals vielleicht in einzelnen Fragen klar würden, ob wir jemals darüber einig würden, was objektive Wahrheit ist. Die suchen wir auch in dem Sinne, wie der Vorredner es meinte, nicht. Wir suchen Kenntniß über dasjenige, was dem bureaukratischen Blicke vermöge der Stellung aus der allein geleistet werden kann, entgeht. Wir suchen Belehrung, und ich wiederhole, wir glauben sie zu bedürfen. Einer der Herren Redner hat mir gestern die Fähigkeit abgesprochen, in vier Jahren überhaupt viel zu lernen. Nun, ich habe schon gesagt, daß

ich meine Berufsthätigkeit überhaupt nicht über den Durchschnitt der Menschen stelle, aber ein Triennium, drei Jahre, sind doch das äußerste, was die meisten von den Herren, die hierüber etwas gelernt zu haben glauben, für sich anführen können. Ein Jahr mehr noch, namentlich wenn man durch eine fünfzigjährige bewußte Erfahrung im Leben für die Dinge, die man lernen soll, vorbereitet ist kann mich wirklich dahin bringen, daß ich — vielleicht irre ich mich — von den Dingen so viel verstehe wie der Durchschnitt von Ihnen und der Herr Redner selbst. Von der Allgemeinheit — in einzelnen technischen Richtungen vielleicht nicht — aber in der Gesammtheit glaube ich darüber ebensoviel Urtheil zu haben wie die anderen. Da muß ich immer wiederholen, daß die Herren doch nicht glauben möchten, daß ihnen die Wahl ihrer Mitbürger zugleich eine gewisse mystische Weise der Intelligenz giebt (Heiterkeit, Oh, links), daß Sie die Klugheit der 10,000 Wähler, die hinter Ihnen stehen, alle mit einem Mal mitbringen können. M. H.! Sie verstehen von der Sache auch nicht mehr wie ich. Seien wir beide bescheiden, und räumen wir beide ein, daß wir der Belehrung bedürfen, und setzen Sie sich nicht, ich möchte sagen, auf das hohe Pferd, daß Sie uns sagen: wir — nämlich die Fraktion, der der Herr Vorredner angehört — wir wissen genug für beide, für Regierung und Reichstag, die Regierung braucht nichts zu lernen. Der Herr Vorredner sagte noch ganz beiläufig: „seitdem ich mich vom Herrn Minister Delbrück getrennt habe" — es ist das wieder einer der historischen Irrthümer, die einreißen. Der Herr Minister Delbrück hat sich von mir getrennt und zwar einfach unter Berufung auf seine Gesundheit. Ich will die ärztlichen Details hier nicht erwähnen, die er mir anführte, und ich habe mich vergeblich bemüht irgend ein anderes Motiv, ein sachliches von ihm herauszubringen unter dem Erbieten, ihm entgegenzukommen in dem, worüber er etwa klagen könnte. Er ist einfach dabei beharrt, sowohl Sr. Majestät dem Kaiser gegenüber wie mir, sich auf seinen Gesundheitszustand zu berufen und ich habe nicht den entferntesten Grund, anzunehmen, daß er mir, der ich mit ihm seit dem Jahre 1851 pari passu in wirthschaftlichen Dingen, er in Zollvereinsgeschäften und ich in Bundesgeschäften in Frankfurt, zusammen war, daß er Jemanden, mit dem er so lange bekannt und vertraut war, irgendwie nicht die volle Wahrheit bekannt hätte; es liegt das überhaupt nicht in seinem Charakter, nicht die Wahrheit zu sagen. Also, wenn ich damals gesagt habe: davon verstehe ich nichts, so muß das doch gegenüber einem Manne wie Delbrück nicht so buchstäblich genommen werden; ich habe damit sagen wollen, Delbrück versteht davon mehr, wie ich; er hat das Ressort in Händen, ich greife ihm nicht leicht ein ohne Besprechung mit ihm. Ich habe schon öfters gesagt, ich habe mich in dieses Ressort nicht gemischt, so lange es in der Hand Delbrück's war, der eine große Autorität hatte, der seinerseits auch die Verantwortung und die Vertretung davon übernahm. Sie haben auch aus dem, was ich eben anführte, entnehmen können, daß über seine Geschäftsführung keine Meinungsverschiedenheit zwischen uns war und daß meine Anerkennung seiner Autorität so groß war, daß die wesentlichen Zweifel, die bei mir zu keimen begannen, ob wir auf dem richtigen Wege wären, von mir unterdrückt wurden gegenüber der Bedeutung und technischen Ueberlegenheit dieses Mitarbeiters, auf den ich nicht verzichten wollte. Ich habe das damals gegenüber solchen Wirthschaftspolitikern die sich darüber beschwerten, daß er auf diese Weise ging, gesagt — und ich glaube, ich kann Zeugen dafür aufrufen; es ist möglich, daß wir auf einem falschen Wege sind, und daß nicht alles richtig ist, was er unternimmt; aber ich weiß nicht, wie ich die Lücke decken sollte, die entstehen würde, wenn er ausscheidet. Ich kann dies neben Allem, was ich sonst zu thun habe, nicht ergreifen; ich muß mir, wie es so häufig im Leben ist, eine tüchtige Kraft mit ihrem Können und ihren Irrthümern, nehmen, und kann da nicht einen Mann von der Bedeutung wie Delbrück behandeln einfach wie einen vortragenden Rath, dem ich sage: ich habe Sie bitten lassen, nicht um Ihre Meinung zu hören, sondern um Ihnen die meinige zu sagen; so geht das nicht, sondern ich habe mit Kollegen doch nur den Gesammtdurchschnitt und das Facit zu ziehen und abzuwägen, ob ich mit ihnen weiter arbeiten kann und muß, oder nicht, und kann nicht wegen jeder Einzelheit, sei es welche es will, sagen: das verstehe ich besser. Der Herr Vorredner hat nachher wiederum auf eine rein preußische Frage, auf die Antwort, die ich in meiner Stellung als Handelsminister der Handelskammer zu Grünberg in Schlesien ertheilt habe, Bezug genommen. Es ist vorauszusehen, daß darüber in Zukunft Verhandlungen im preußischen Landtage stattfinden werden, da werde ich als Handelsminister Rede stehen. Hier will ich zur Erläuterung nur anführen, daß die Berichte der Handelskammern gesetzlich vorgeschriebene, amtliche Aktenstücke sind. Wenn ich in denselben aber solche Widersprüche in den Ziffern, solche Widersprüche in der Schlußziehung aus den Ziffern finde, wie darin, so müßten die Herren Berichterstatter selbst und die ganze Welt annehmen, daß ein Handelsminister, der sich ruhig solche Berichte einreichen läßt, ohne darauf zu reagiren, sie gar nicht gelesen hat und daß er seine Schuldigkeit nicht thut. In einem amtlichen Berichte verlange ich vor allen Dingen Wahrheit, die habe ich darin nicht gefunden, und das habe ich offen gesagt und bin bereit, es zu vertreten und wenn Zeit wäre, auch zu beweisen, indem ich alle diese Ziffern Ihrem Sitzungsprotokolle einverleibe, womit ich Sie nicht langweilen will, und worauf Sie mit mir gewiß verzichten werden.

Abg. Frege: Bamberger habe gewünscht, daß die Protokolle des Volkswirthschaftsraths ausführlich ausgearbeitet und publizirt würden. Redner glaubt aber, daß dann gewiß Bamberger der erste sein werde, welcher der Regierung eine gewisse Tendenz bei dieser Arbeit vorwerfen werde. Er mache darauf aufmerksam, welche Kreise es gerade gewesen seien, die den verbündeten Regierungen gegenüber die Forderung eines Reichsvolkswirthschaftsraths immer wiederholt hätten. Es seien dies große Interessentengruppen von Handeltreibenden und Industriellen gewesen, denen der Landwirthschaftsrath in wohlwollender Neutralität zur Seite gestanden habe. Es handle sich demnach nicht um ein einseitiges Bedürfniß der Regierungen, sondern um eine Forderung des ganzen Volkes selber, der Wähler, denen doch auch der Abg. Richter gewiß gerecht werden wolle. Sollte sich herausstellen, daß der Volkswirthschaftsrath die an ihn geknüpften Erwartungen nicht erfülle, dann brauche man ja künftig die Mittel nicht zu bewilligen. Jedenfalls bitte er, für jetzt dieses völlig ungerechtfertigte Mißtrauen gegen eine neu zu schaffende Institution bei Seite zu lassen. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (Hagen) persönlich: Der Abg. Frege hat das Verständniß meiner ländlichen Wähler für ihre Interessen bezweifelt. Ich möchte den Herrn Abgeordneten, dessen Wiederwahl für die sächsische Gendarmerie und für die sächsischen Amtshauptleute wahrlich ein schweres Stück Arbeit gewesen ist, bitten, sich um meine Wähler nicht eher zu kümmern, als bis ich ihn darum ersuche.

Abg. Frege: Er habe nur von seinen Wählern gesprochen und müsse in dieser Beziehung seine Aeußerungen aufrecht erhalten.

Abg. Frohme konstatirt, daß er sich zum Worte gemeldet habe, durch den vorzeitigen Schluß der Debatte aber am Sprechen verhindert worden sei. Wahrlich habe es die Partei, der er anzugehören die Ehre habe (die sozialdemokratische), wohl verdient, in einer die wirthschaftlichen Interessen des Volkes so nahe angehenden Frage gehört zu werden. Sie sei aber daran gewöhnt, daß ihre Aeußerungen über wirthschaftliche Verhältnisse hier in unerhörter Weise unterdrückt würden.

Präsident v. Levetzow ruft den Redner wegen dieser Aeußerung zur Ordnung.

Abg. Windthorst: Was der Vorredner hervorgehoben habe, sei keineswegs so unerhört, da auch die größte Fraktion dieses Hauses nicht zum Worte gekommen sei, obwohl er sich dazu gemeldet habe.

Abg. v. Czarlinski konstatirt, daß der Schluß der Debatte es auch der polnischen Fraktion unmöglich gemacht habe, die Gründe zu entwickeln, weshalb sie gegen diese Position stimmen müsse.

Abg. Stolle (Sozialdemokrat): Er habe sich gleich zu Anfang zum Wort gemeldet, sei aber vollständig überzeugt, daß, wenn sich nach ihm noch mehr als 20 Redner gemeldet hätten, diesen vor ihm das Wort ertheilt worden wäre.

Präsident v. Levetzow ruft den Redner zur Ordnung, da derselbe die Richtigkeit dessen, was er hier amtlich verkünde, in Zweifel gezogen habe.

Abg. Richter (Hagen): Hätten sie eine Ahnung davon gehabt, daß es Windthorst darum zu thun gewesen sei, gegen den Reichskanzler zu sprechen, so hätte seine Partei nicht für den Schluß gestimmt.

Abg. Windthorst: Er denke, daß jeder, der gemeldet sei, das Recht habe, zum Wort zu kommen, mag er für oder gegen den Reichskanzler sprechen wollen, wenngleich er gern glaube, daß diejenigen, welche es zu ihrer Hauptbeschäftigung machten, gegen den Reichskanzler zu sprechen, hierüber anderer Ansicht seien.

Damit schließt die Debatte. In namentlicher Abstimmung wird die Position mit 169 gegen 83 Stimmen **verworfen**; ein Abgeordneter (Dietze-Pomßen) enthält sich der Stimmabgabe. **Für** die Forderung stimmen die beiden konservativen Fraktionen, ein kleiner Theil des Zentrums, der elsaß-lothringische Abg. Grad, und der nationalliberale Abg. Leuschner (Sachsen); **gegen** dieselbe die liberalen Fraktionen, die Demokraten, die Sozialdemokraten, die Polen und die große Mehrheit des Zentrums.

In dem Etat ist eine Position von 5000 Mk. für Maßregeln gegen die **Reblauskrankheit** ausgeworfen. Abg. Ackermann benutzt diese Gelegenheit, um an die Regierung die Frage zu richten, ob die revidirte internationale Reblauskonvention auch die Bedürfnisse der Handelsgärtnerei berücksichtige und ob sie dem Reichstage noch in dieser Session vorgelegt werde, damit sie den Gärtnern noch in der für sie wichtigsten Jahreszeit, im Frühjahr, zu gute komme.

Staatssekretär v. Bötticher erwiderte, daß die Konvention noch in der laufenden Session vorgelegt werde; dieselbe enthalte nach einer Seite hin strengere Vorschriften; im Interesse der Handelsgärtnerei seien aber für den Export von anderen Pflanzen die beschränkenden Vorschriften beseitigt; es dürfen nur keine Reben mit versendet werden.

Die weitere Berathung des Etats wird vertagt.

Präsident v. Levetzow macht dem Hause die schmerzliche Mittheilung, daß der im 2. braunschweigischen Wahlkreise gewählte Abgeordnete v. Heinemann verstorben sei. Die Mitglieder erheben sich, um das Andenken des Verstorbenen zu ehren, von ihren Plätzen.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung **Freitag** 12 Uhr. (Fortsetzung der **Etatsberathung**.)

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 1. Dezember. Heute hat hier unter allgemeiner Theilnahme die Beerdigung des Domherrn Künzer stattgefunden. Vom Trauerhause, in welchem sich der gesammte Klerus, die Spitzen der Behörden, der Magistrat, die Stadtverordneten und die Deputationen aller Vereine versammelt hatten, deren Mitglied der Verstorbene war, wurde die Leiche nach dem Dom übergeführt, wo ein feierliches Requiem stattfand. Auf dem Kirchhofe erfolgte hierauf nach nochmaliger Einsegnung die Beisetzung der Leiche.

Rom, 1. Dezember. Die „Opinione" bringt einen Artikel, in welchem sie es beklagt, daß die Ernennung des neuen italienischen Botschafters für Paris noch nicht erfolgt sei und bemerkt:

Die der Regierung nahestehende Presse habe doch erklärt, die Ernennung würde nach dem Abschluß des französisch-italienischen Handelsvertrags erfolgen. Der Handelsvertrag sei nunmehr abgeschlossen und auch Gambetta habe eine prompte Approbirung des neuen Botschafters in Aussicht gestellt. Man müsse eine für Frankreich sympatische Wahl treffen, die aber gleichzeitig dem Gefühle würdiger Reserve Ausdruck geben solle. Italien und Frankreich wollten im Frieden leben, allein es existire zwischen beiden Mächten ein stiller, durch die Vorgänge in Tunis nicht beseitigter Zwist.

Die „Opininone" spricht sodann die Hoffnung aus:

Gambetta werde ohne Schädigung der Größe Frankreichs Italien eine legitime Satisfaktion zu geben wissen, und weist darauf hin, daß die Wahl eines italienischen Botschafters für Paris auch vom Gesichtspunkte den politischen Beziehungen Italiens zu Deutschland und Oesterreich von großer Wichtigkeit sein könnte.

Das Blatt stellt sodann die Frage, warum die Reise des Königs nicht bis Berlin fortgesetzt worden sei und ob die Beziehungen Italiens zu Deutschland ebenso intim seien, wie zu Oesterreich-Ungarn. Die Beziehungen Deutschlands zu dem Vatikan seien auf dem Wege der Besserung und der Gedanke an die möglichen Wirkungen dieser Besserung auf die deutsch-italienischen Beziehungen liege nahe, in einem so minirten und bewegten Europa sei Alles möglich. — Die klerikalen Blätter erörtern die bereits vor 10 Jahren von ihnen als lächerlich bezeichnete Kombination, daß der Papst dem Fürsten Bismarck Konzessionen machen und das Fürst Bismarck den Papst in der Revindikation der weltlichen Gewalt unterstützen werde.

Paris, 1. Dezember. [**Deputirtenkammer.**] Berathung der Kreditforderungen für die Expedition nach Tunis. In Antwort auf die Aeußerungen mehrerer Vorredner erklärte der Ministerpräsident Gambetta:

Der mit dem Bey im Bardo abgeschlossene Vertrag existire und kein Protest könne denselben ungiltig machen. Die militärischen Operationen seien streng durchgeführt worden. Der im Bardo abgeschlossene Vertrag ermögliche die Abstellung von Mißbräuchen in der Verwaltung des Bey, alle Nationen hätten ein Interesse daran, diese Mißbräuche unterdrückt zu sehen. Der Einrichtung von gemischten Gerichtshöfen würde er nicht entgegen sein, dagegen müsse er sich gegen eine Annexion als gefährlich erklären. Die Wiederaufgabe von Tunis würde Frankreichs Ansehen schädlich sein und sehr schwere Verantwortlichkeit nach sich ziehen. Frankreich könne, wenn es, ohne auf Abenteuer auszugehen, eine auswärtige Politik haben wolle, Tunis nicht aufgeben, Tunis werde für die afrikanische Kolonie Frankreichs ein wachsamer und nothwendiger Pförtner sein. Die militärische Okkupation dürfe aber auch nicht bis an die Grenze von Tripolis ausgedehnt werden, denn es sei nicht gut, die Pforte zum unmittelbaren Nachbar zu haben. Der im Bardo abgeschlossene Vertrag sei ein ratifizirtes Gesetz, dessen Bestimmungen ausgeführt werden müßten. Die Regierung werde den Modus der Ausführung vorschlagen, sobald die Zeit dazu gekommen sei. Die Kreditforderungen wurden von der Kammer mit 400 gegen 52 Stimmen bewilligt, die äußerste Linke enthielt sich der Abstimmung.

Der „Temps" betrachtet das Ergebniß der am Sonntag erfolgten Wahl der Delegirten für die Senatorenwahl, daß die Rechte etwa 27 Sitze im Senat verlieren werde.

Konstantinopel, 1. Dez. Auf das von der Pforte gestellte Verlangen nach einer Abänderung der türkisch-griechischen Grenzlinie zwischen Analipsi und Nezeros notifizirten die Botschafter der Pforte kollektiv, daß sie in eine Erörterung dieser Fragen nicht mehr eintreten könnten, nachdem die erwähnte Trace von den Grenzbestimmungs-Kommissarien einstimmig, die Stimmen der türkischen Kommissarien ausgenommen, beschlossen worden sei. — In der gestrigen kurzen Sitzung der türkisch-russischen Finanzkommission legten die türkischen Delegirten eine Liste derjenigen Steuern vor, welche wie die Zehnten, die Hammelsteuer, die Verghis oder Einkommensteuer von jeder Belastung frei sind und sonach die Basis eines Abkommens bilden können. Hierauf begann die Debatte über den Modus der Erhebung und Einkassirung. Die Debatte wurde schließlich auf Sonnabend vertagt.

Washington, 30. Nov. Schatzsekretär Folger hat eingeregistrirte Obligationen von 1861, welche zu 3½ Prozent prolongirt sind, bis zum Betrage von 20 Millionen Dollars zur Amortisirung einberufen. Die Zinsenzahlung hört am 29. Januar 1882 auf.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. —
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Dezember.

Datum Stunde	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Celf. Grad.
1. Nachm. 2	762,2	S mäßig	bedeckt	+ 5,3
1. Abnds. 10	763,3	O mäßig	bedeckt Regen	+ 4,0
2. Morgs. 6	765 3	O lebhaft	trübe	+ 2,1

Am 1. Wärme-Maximum + 6°7 Celf.
= = Wärme-Minimum + 3°0 =

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 1. Dezember Morgens 1,56 Meter.
= = 1. = Mittags 1.56 =
= = 2. = Morgens 1,52 =

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 1. Dezember. (Schluß-Course.) Fest.
Lond. Wechsel 20,39. Pariser do. 80,90. Wiener do. 172,15. K.-M. St.-A. —. Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 99¾. K.-M.-Pr.-Anth. —. Reichsanl. 101¼. Reichsbank 150⅞. Darmstb. 169⅛. Meininger B. 103. Oest.-ung. Bk. 722 50. Kreditaktien 313⅞. Silberrente 67⅛. Papierrente 66⅞. Goldrente 80⅞. Ung. Goldrente 77⅞. 1860er Loose 125⅝. 1864er Loose 339,80. Ung. Staatsl. 239,00 do. Ostb.-Obl. II. 93⅝. Böhm. Westbahn 273¾. Elisabethb. —. Nordwestbahn 198. Galizier 266½. Franzosen 280⅛ Lombarden 130¼. Italiener 88⅞. 1877er Russen 89⅞. 1880er Russen 73¾. II. Orientanl. 59¾. Zentr.-Pacific 111½. Diskonto-Kommandit —. III. Orientanl. 59⅝. Wiener Bankverein 120⅛, ungarische Papierrente —. Buschtiebrader — Junge Dresdner —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 313, Franzosen 279¾, Galizier 265¾, Lombarden 129¾, II. Orientanl. —, III. Orientanl. —, österr. Goldrente —.

Wien, 1. Dezember. (Schluß-Course.) Günstig in Erwartung einer Diskonto-Ermäßigung der Bank von Frankreich und der englischen Bank. Banken, Bahnen und Renten fest. Nebenwerthe lebhaft.

Papierrente 77,42½. Silberrente 78.20. Oesterr. Goldrente 93,90. Ungarische Goldrente 119,65 1854er Loose 123,70. 1860er Loose 133,50. 1864er Loose 174,50. Kreditloose 182,20 Ungar. Prämienl. 127,70. Kreditaktien 364,30. Franzosen 325,75. Lombarden 151,25. Galizier 308,75 Kasch.-Oderb. 149,00 Pardubitzer 165,00. Nordwestbahn 228,50. Elisabethbahn 218,00. Nordbahn 2407,00. Oesterreich-ungar. Bank —,—. Türk. Loose —,—. Unionbank 143,60. Anglo Austr. 153,25. Wiener Bankverein 139,60. Ungar. Kredit 362,00, Deutsche Plätze 58,00. Londoner Wechsel 118,55 Pariser do. 47,00, Amsterdamer do. 97,65. Napoleons 9,40 Dukaten 5,58 Silber 100,00. Marknoten 58,00 Russische Banknoten 1,24¾. Lemberg-Czernowitz —,—. Kronpr.-Rudolf 169,00. Franz-Josef —,—. Dux-Bodenbach —,—. Böhm. Westbahn —.

4½prozent. ungar. Bodenkredit-Pfandbriefe —, Elbthal 249,50, ungarische Papierrente 90,40, ungar. Goldrente 90,15, Buschtierader B. —,—. Ung. Prämi. —. Eskompte —,—.

Paris, 30. November. Boulevard-Verkehr. 3 proz. Rente 85,40, Anleihe von 1872 115,87½, Italiener 89,90, österr. Goldrente —. Türken 13,50, Türkenloose 52,25, Spanier inter. —, do. extér. 29$\frac{11}{16}$, ungar. Goldrente —, Egypter 362,00. 3proc. Rente —,—, 1877er Russen —, Franzosen —. Fest.

Newyork, 30. November. (Schlußkurse.) Wechsel auf Berlin 94¼. Wechsel auf London 4,80, Wechsel auf Paris 5,24⅜, 3½proz. fundirte Anleihe 102½, 4prozent. fundirte Anleihe von 1877 117⅜. Erie-Bahn 46, Zentral-Pacific 115½, Newyork Zentralbahn 138¾. Chicago-Eisenbahn 142⅜. Cable Transfers 4,85.

Produkten-Course.

Bremen, 1. Dezember. **Petroleum.** (Schlußbericht.) Ruhig. Standard white loko 7,05, per Dezember —,—, per Januar 7,30, per Februar 7, 40, per März 7,50, per August-Dezember 8, 20 B. Alles Brief.

Hamburg, 1. Dezember. Getreidemarkt. Weizen loco fest, auf Termine ruhig. Roggen loco ruhig und auf Termine still. Weizen per Dezember 231,00 Br., 230,00 Gd., per April-Mai 228,00 Br., 227,00 Gd. Roggen per Dezember 181,00 Br., 180,00 Gd., per April-Mai 165,00 Br., 164,00 Gd. — Hafer und Gerste fest. — Rüböl fest, loko 58,00, per Mai 58.50. — Spiritus still, per November 43¾ Br. per Dezember-Januar 43½ Br., per Januar-Februar 43½ Br., April-Mai 43 Br. — Kaffee matt, Umsatz 2000 Sack. — Petroleum still, Standard white loco 7,30 Br., 7,25 Gd., per November — Gd., per Dezember 7,20 Gd. — Wetter: Naß.

Pest, 1. Dezember. (Produktenmarkt.) Weizen loko schwach, auf Termine behpt., per Frühjahr 12,02 Gd., 12,05 Br. — Hafer per Frühjahr 8,15 Gd., 8,20 Br. — Mais per Mai-Juni 7,00 Gd., 7,02 Br.

London, 1. Dezember. An der Küste angeboten 7 Weizenladungen. Wetter: Regen.

London, 1. Dezember. Havannazucker Nr. 12 25. Träge.

Amsterdam, 1. Dezember. **Getreidemarkt.** (Schlußbericht.) Weizen auf Termine unverändert, per November —, per März 306. Roggen loco niedriger, auf Termine flauer, per März 204, pr. Mai 197. Raps pr. Frühjahr —, Herbst 1882 —. Rüböl loco 33¼, pr. Herbst 32¾, pr. Frühjahr 34⅜.

Antwerpen, 1. Dezbr. **Petroleummarkt.** (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loko 18⅛ bez. Br., pr. Januar 18⅝ Br., pr. per Januar-März 18⅝ Br. Ruhig.

Antwerpen, 1. Dezember. **Getreidemarkt** (Schlußbericht.) Weizen fest. Roggen flau. Hafer behauptet. Gerste besser.

Newyork, 30. Novbr. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 12, do. in New-Orleans 11½. Petroleum in Newyork 7¼ Gd., in Philadelphia 7⅛ Gd., rohes Petroleum 6⅜, do. Pipe line Certificates — D. 79 C. Mehl 5 D. 25 C. Rother Winterweizen loko 1 D. 39½ C. Weizen per laufenden Monat 1 D. 39 C., do pr. Dezember 1 D. 42½ C., do. per Januar 1 D. 44¾ C. Mais (old mixed) 69 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7⅝. Kaffee (Rio-) 10¼. Schmalz (Marke Wilcox) 11¾, do. Fairbanks 11$\frac{11}{16}$, do. Rohe u. Brothers 11¾. Speck (short clear) 9¾ C. Getreidefracht 4⅜.

Produkten-Börse.

Berlin, 1. Dezember. Wind: OSO. Wetter: Trübe u. feucht.

Weizen per 1000 Kilo loko 212—245 M. nach Qualität gefordert, fein gelb — M. ab Bahn bezahlt, defekter Poln. — Mark ab B,. November — bez., per Dezember 224¼—224¾—224—225 bez., per Dezember-Jannar — Mark bezahlt, per Januar-Februar — M. bez., per Febr.-März — Mark bez., per Mai-Juni 226—227 M. bez., per April-Mai 225½—226½ bezahlt, per Januar-Februar — Mark bezahlt. Gekündigt 40,000 Zentner. Regulirungspreis 224½ Mark. — **Roggen** per 1000 Kilo loko 186—192 Mark nach Qualität gefordert, neu inländischer 187—189½ ab Bahn bezahlt, hochfeiner 190½—191 M. ab B. bez., klammer — M., ab Kahn bez., alter do. — M. ab B. bez., russischer — Mark a. K. bezahlt, feiner — M. ab Bahn bez, defekter — M. ab B. bez., per November —,— bezahlt, per Dezember 186 — 185 — 185 — 185¾ bezahlt, per Dezember-Januar 181¾--180½—181¼ bezahlt, per Januar-Februar — Mark., per April-Mai 173—172¼—172¾ bez., per Mai-Juni 170—169¼—169¾ bez., Gekündigt 2000 Zentner. Regulirungspreis 185½ Mark. — **Gerste** per 1000 Kilo loko 147—200 M. nach Qualität gefordert. — **Hafer** per 1000 Kilo loko 146—173 M. nach Qualität gefordert, russischer 143 bis 147 bezahlt, ost- und westpreußischer 148—157 bezahlt, pommerscher und Uckermärker 150—157 bezahlt, schlesischer 151—158 bez., böhmischer 151—158 bezahlt, fein weiß mecklenburgischer — ab B. bezahlt per November —,— bezahlt, per Dezember 146 bezahlt, per Dez.-Januar —,— Br., per April-Mai 149 M., per Mai-Juni 149½ Br., 149 bez. Gekündigt 2000 Zentnr. Regulirungspreis 146 Mark. **Erbsen** per 1000 Kilo Kochwaare 175—215 M., Futterwaare 174 bis 173 M. — **Mais** per 1000 Kilo loko —,— nach Qualität gefordert, per November — M., per November-Dezember 147 Brief, per April-Mai 140 Mark, per Mai-Juni 138 Mark. Gekündigt — Ztnr. Regulirungspreis — M. — **Weizenmehl** per 100 Kilogramm brutto 00: 32,50—31,00 Mark, 0: 30,00—29,00 M. 0/1: 29,00—28,00 Mark. — **Roggenmehl** inkl. Sack 0: 27,00 bis 26,00 Mark, 0/1: 25,50—24,50 Mark, per November — Mark bez., per November-Dezember 24,80—24,75 bezahlt, per Dezember-Januar 24,40—24,40 bez., per Januar-Februar 24,30—24,20 bez., Febr.-März 24,10—24,05 bez., April-Mai 23,60—23,50—23,55 bez., per Mai-Juni 23,10 bezahlt, per Juni-Juli — bez. Gekündigt 500 Ztr. Regulirungspreis 24,80 M. — **Oelsaat** 1000 Kilo Winterraps — M. Winterrübsen — Mark. — **Rüböl** per 100 Kilo loko ohne Faß 56,0 M., mit Faß 56,3 M., per November — bezahlt, per November-Dezember 56,5 bezahlt, per Dezember-Januar 56,5 bezahlt, per Januar-Februar — bez., per Februar-März — bez., per März-April — bezahlt, per April-Mai 57,8—57,9 bez, per Mai-Juni 58,1 Mark. Gekündigt 2200 Ztnr. Regulirungspreis 56,5 M. — **Leinöl** 100 Kilo loko — M. — **Petroleum** per 100 Kilo loko 24,5 M., per November —,— bezahlt, per Nov.-Dez. 23,9—24,0—24 bez., per Dez.-Jan. 23,9—24,0 bezahlt, per Jan.-Febr. 24,5 bez., per Februar-März 24,7 bezahlt, per April-Mai — bez., per Mai-Juni — bezahlt. Gekündigt 24500 Zentnr. Regulirungspreis 24 Mark — **Spiritus** per 100 Liter loko ohne Faß 49,5 bezahlt, per November —,— bez., per November-Dezember 50,7—50,4—50,5 bez., per Dezember-Januar 50,6—50,2—50,4 bez., per Jan.-Febr. 50,6—50,2—50,4 bez., per Februar-März — bez., per März-April — bezahlt, per April-Mai 51,6 bis 51,5—51,6 bez, per Mai-Juni 51,9—51,7—51,8 bez., per Juni-Juli 52,6 bezahlt. Gekündigt 260,000 Liter. Regulirungspreis 50,5 M.

Stettin, 1. Dezember. [An der Börse.] Wetter: Trübe, + 5 Gr. R. Barom. 28,5. Wind: SO.

Weizen fester, per 1000 Kilo loko gelber 210 bis 225 M., geringer 195—208 Mark, weißer 215—228 M., per November — M. bez., per April-Mai 225—226—225,5 Mark Br., per Mai-Juni do., inländischer — M. bez. — **Roggen** fester, per 1000 Kilo loko inländischer 181—184 Mark, Libauer Abladung — M. cif. tr. bez., per November — M. bez., — Mark Br. und Gd., per Dezember 183 Mark Gd., per Dezember-Januar 181,5 M. Gd., per April-Mai 171 M. bez., per Mai-Juni 168,5 M. bez. — **Gerste** stille, per 1000 Kilo loko Brau- 155 bis 160 Mark, Futtergerste — Mark, geringere 130—142 Mark, Schlesische — M. — **Hafer** unverändert, per 1000 Kilo loko neuer inländischer — M., neuer Pommerscher 140 bis 150 M., Russischer — M. bezahlt, Schwedischer — Mark bez. — **Erbsen** still, per 1000 Kilo loko Koch- 174—190 M., Futter- 160—170 Mark, — **Mais** geschäftslos, per 1000 Kilo loko Amerik. 148 M. Br., per November-Dezember — per April-Mai — M. Br. — **Winterrübsen** höher, per 1000 Kilo per November — M. nom., per November-Dezember — M., per Dezember-Januar — M., per Januar-Februar — M. bezahlt, per April-Mai 273 M. Br., 272 M. Gd. — **Rüböl** höher, per 100 Kilo loko ohne Faß bei Kleinigkeiten 57,5 M. Br., mit Faß — Mark, per November — Mark, per Dezember 55—55,5 M. bez., per Januar 56 M. bez., per April-Mai 57,25—57,5 M. bez., per Mai-Juni — M. Br. — **Winterraps** per 1000 Kilo loko — Mark Br. — **Spiritus** behauptet, per 10,000 Liter-pCt. loko ohne Faß 49 M. bezahlt, mit Faß — M. bez., per November — M. bez., per November-Dezember — M. bez. und Br., per Dezember 50,2 bez., per Dezember-Januar 50 Mark Br. u. Gd., per April-Mai 51—51,1 Mark bz., Br. u. Gd., per Mai-Juni 51,4 Mark bez., Br. und Gd., per Juni-Juli 52,1 Mark Br. u Gd. — Angemeldet: — Ztr. Roggen, — Ztr. Rüböl, — 30,000 Liter Spiritus. — Regulirungspreise: Roggen 183 M., Rüböl 55,25 M., Spiritus 50,2 Mark, Rübsen — M. — Anmeldungen — Mark. Weizen — M. tr., per November — M. bezahlt, Dezember — M. tr. bezahlt, — **Petroleum** loko 7,9—8 Mark tr. bez. (Ostsee-Ztg.)

Berlin, 1. Dezember. Nicht nur hier, sondern auch an allen übrigen Hauptcentren des europäischen Verkehrs ist die Liquidation leicht und glatt vorüber gegangen und begrüßten dies die Börsen mit einer festen Tendenz. Die Meldungen von den verschiedenen Plätzen übten gegenseitig an die Geschäftsentwickelung eine sehr animirende Wirkung aus und zeigte sich dieser Einfluß so recht deutlich im heutigen Verkehre an hiesiger Börse. Auf allen Gebieten belebte sich das Geschäft und der gesammte Kursstand erfuhr heut eine nicht zu unterschätzende Erhöhung. Wenn auch der Hauptverkehr uch lediglich auf die beliebteren Spekulationspapiere erstreckte, so fanden doch auch einzelne Papiere besondere Beachtung, die sich sonst wohl mehr im Hintergrund gehalten haben. Das gilt zumeist vost den Aktien der österreichischen Bahnunternehmungen. Franzosen, Lombarden setzten mit höheren Kursen ein, ferner fanden umfangreiche Umsätze in den Aktien der Dux-Bodenbacher, der österreichischen Nordwestbahn und der Galizier zu fortgesetzt steigenden Preisen statt. In inländischen Eisenbahn-Aktien blieb der Verkehr unbedeutender, doch zeigten auch diese Werthe eine durchaus feste Physiognomie. Namentlich waren Anhalter bevorzugt, was Umsatz und steigende Kursbewegung anbelangt. Marienburg-Mlawaer waren matt und im Kurse gedrückt. Bank-Aktien und Industriepapiere wurden wenig am Verkehr betheiligt, nur für Montanwerthe zeigte sich im Allgemeinen eine bessere Stimmung. Anlage-Effekten fanden wenig Beachtung. — Per Ultimo 1. Dezember notiren: Franzosen 563—562—565—563,50—564, Lombarden 260,50 bis 259,50—262,50—262, Kreditaktien 630,50—632—631, Wiener Bank-Verein 240,50—240—243, Darmstädter Bank 151,10, Diskonto-Kommandit-Antheile 169,10—169—169,40, Deutsche Bank 223,30 bis 223,25—224,90—224,75, Dortmunder Union 102,70—102,75—103,60 bis 103,25, Laurahütte 126,90—124,25. Der Schluß war fest.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 1. Dezember 1881.

Preußische Fonds- und Geld-Course.

Preuß. Consol. Anl.	4½	105,20 bzG
do. neue 1876	4	100,80 bz
Staats-Anleihe	4	100,60 bz
Staats-Schuldsch.	3½	99,00 bz
Od.-Deichb.-Obl.	4½	
Berl. Stadt-Obl.	4	99,80 G
do. do.	3½	95,75 bz
Schldv. d. B. Kfm.	4½	
Pfandbriefe:		
Berliner	5	108,00 G
do.	4½	103,80 G
Landsch. Central	4	100,10 bz
Kur- u. Neumärk.	3½	95,25 bz
do neue	3½	90,75 bz
do.	4	100,50 B
do. neue	4½	
N. Brandbg. Kred.	4	
Ostpreußische	3½	90,50 G
do.	4	100,10 bz
do.	4	
Westpr. rittersch.	3½	90,40 G
do.	4	100,30 bz
do. I. B.	4	99,90 bz
do. II. Serie	4½	103,50 bz
Neuldsch. II. Serie	4	99,80 bz
do. do.	4½	103,40 G
Posensche, neue	4	100,10 bz
Sächsische	4	100,50 G
Pommersche	3½	90,00 bz
do.	4	100,30 bzG
do.	4½	101,25 G
Schlesische altl.	3½	
do. alte A.	4	
do. neue I.	4	
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	100,30 G
Pommersche	4	100,20 bz
Posensche	4	100,10 G
Preußische	4	100,10 bzG
Rhein- u. Westfäl.	4	100,50 B
Sächsische	4	100,30 G
Schlesische	4	100,60 G

20-Frankstück		16,20 bz
do. 500 Gr.		
Dollars		
Imperials		16,67 bz
do. 500 Gr.		
Engl. Banknoten		20,43 B
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		81,00 bz
Oesterr. Banknot.		172,15 bz
do. Silbergulden		
Russ. Noten 100 Rbl		215,25 bz

Deutsche Fonds.

Dtsch. Reichs-Anl.	4	101,00 bzG
P.-A. v. 55 a 100 Th.	3½	144,00 G
Hess. Prsch. a 40 Th.	—	
Bad. Pr.-A. v. 67.	4	133,90 bz
do. 35 fl. Oblig.	—	208,10 bz
Bair. Präm.-Anl.	4	135,50 G
Braunsch. 20 thl.-L.	—	101,10 bzG
Brem. Anl. v. 1874	4	100,60 bz
Cöln-Md-Pr.-Anl.	3½	
Dess. St.-Pr.-Anl.	3½	125,40 G
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	120,50 bz
do. II Abth.	5	119,00 B
Hamb. 50-Thlr.-L.	3	189,50 bz
Lübecker Pr.-Anl.	3½	180,00 G
Mecklb. Eisenbhanl.	3½	94,00 bz
Meininger Loose	—	27,30 bz
do. Pr.-Pfdbr.	4	
Oldenburger Loose	3	149,60 bz
D.-G.-C.-B-Pf. 110	4½	104,20 B
do. do.	5	108,50 bzG
Dtsch. Hypoth. unk.	5	103,50 G
do. do.	4½	102,00 bz
Mein. Hyp.-Pf.	4½	101,00 B
Nrdd. Grdkr.-H.-A.	5	100,25 bz
Pomm Hyp.-Pfdbr.		

Pomm. H.-B. I. 120	5	107,00 G
do. II. IV. 110	5	104,00 bzG
Pomm. III. rkz. 100	5	100,50 G
Pr. C.-B.-H.-Br. rz.		
do. do. 110	5	115,00 G
do. do. 115	4½	107,50 bz
Pr. C.-B.-Pfdbr. 100	5	105,20 bz
do. do. rückz. 100	4½	103,00 B
do (1872 u. 74)	4	
do. (1872 u. 73)	5	
do. (1874)	5	
Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	105,05 bz
do. II. rkz. 100	5	100,20 G
Schles. Bod.-Cred.	5	103,10 G
do. do.	4½	105,50 bzG
Stettiner Nat.-Hyp.	5	100,20 bzG
do. do.	4½	103,25 bzG
Kruppsche Obligat.	5	109,75 B

Ausländische Fonds.

Amerik. gek. 1881	6	
do. do. 1885	6	
do. Bds. (fund.)	5	
Norweger Anleihe	4½	
Newyork. Std.-Anl.	6	125,20 G
Oesterr. Goldrente	4	80,90 bz
do. Pap.-Rente	4½	66,40 bzG
do. Silber-Rente	4½	66,90 bz
do. 250 fl. 1854	4	
do. Cr. 100 fl. 1858	—	347,50 bz
do. Lott.-A. v. 1860	5	125,30 bz
do. do. v. 1864	—	341,00 bz
Ungar. Goldrente	6	102,70 bzB
do. St.-Eisb.Akt.	5	95,50 bz
do. Loose	—	239,00 bzG
Italienische Rente	5	88,90 bzG
do. Tab.-Oblg.	6	
Rumänier	8	
Finnische Loose	—	51,25 bzG
Russ. Centr.-Bod.	5	76,80 bz
do. Boden-Credit	5	84,90 bz
do Engl. A. 1822	5	89,00 B
do. do. A. v. 1862	5	
Russ. fund. A. 1870	5	
Russ. cons. A. 1871	5	89,30 bz
do. do. 1872	5	89,30 bzB
do. do. 1875	4½	
do. do. 1877	5	92,10 bz
do. do. 1880	4	73,80 bzB
do. Pr.-A. v. 1864	5	148,60 G
do. do. v. 1866	5	144,90 bz
do. 5. A. Stiegl.	5	63,90 bzG
do. 6. do. do.	5	86,40 B
do. Pol. Sch.-Obl.	4	83,60 bz
do. do. kleine	4	
Poln. Pfandbr.	5	65,10 bzG
do. do.	5	
do. Liquidat.	4	57,40 bz
Türk. Anl. v. 1865	—	13,70 bzB
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	

*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 T.	168,30 bz
do. 100 fl. 2 M.	167,20 bz
London 1 Lstr. 8 T.	20,41 bz
do. do. 2 M.	20,21 bz
Paris 100 Fr. 8 T.	80,05 bz
Blg. Bkpl. 100 F. 8 T.	80,80 bz
do. do. 100 F. 2 M.	80,20 bz
Wien öst. Währ. 8 T.	172,00 bz
Wien. öst. Währ. 2 M.	171,90 bz
Petersb. 100 R. 3 W	214,10 bz
do. 100 R. 3 M.	211,80 bz
Warschau 100 R 8 T.	214,40 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 5½, für Lombard 6½ pCt., Bankdiskonto in Amsterdam 4, Bremen —, Brüssel 4, Frankfurt a. M. 4½, Hamburg —, Leipzig —, London 5, Paris 5, Petersburg 6, Wien 4 pCt.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Badische Bank	4	115,00 G
Bk.f.Rheinl.u.Westf	4	39,25 G
Bk.f.Sprit-u.Pr.-H.	4	67,10 bzG
Berl. Handels-Ges.	4	124,00 bzG
do. Kassen-Verein.	4	210,00 bzG
Breslauer Disk.-Bk.	4	101,00 bzG
Centralbk. f. B.	4	
Centralbk. f. J. u. H.		
Coburger Credit-B.	4	90,40 bzG
Cöln. Wechslerbank	4	97,00 bzG
Danziger Privatb.	4	
Darmstädter Bank	4	169,40 bzG
do. Zettelbank	4	110,60 bz
Dessauer Creditb.	4	97,25 G
do. Landesbank	4	122,00 B
Deutsche Bank	4	162,50 bz
do. Genossensch.	4	133,50 bzG
do. Hyp.-Bank.	4	90,25 G
do. Reichsbank.	4½	150,50 bz
Disconto-Comm.	4	224,00 bz
Geraer Bank	4	94,30 bzG
do. Handelsb.	4	94,25 G
Gothaer Privatbk.	4	116,00 G
do. Grundkredb.	4	98,00 B
Hypothek (Hübner)	4	
Königsb. Vereinsb.	4	98,25 G
Leipziger Creditb.	4	161,50 G
do. Discontob.	4	116,60 G
Magdeb. Privatb.	4	117,00 bzG
Mecklb. Bodencred.	4	61,00 B
do. Hypoth.-B.	fr.	98,00 bzG
Meining. Creditbk.	4	102,00 bzG
do. Hypothekenbk.	4	93,75 bz
Niederlausitzer Bank	4	97,50 G
Norddeutsche Bank	4	190,00 G
Nordd. Grundkredit	4	49,00 G
Oesterr. Kredit	4	
Petersb. Intern.Bk.	4	103,70 B
Posen. Landwirthsch	4	79,00 G
Posener Prov.-Bank		127,00 B
Posener Spritaktien	4	58,00 G
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Bodenkredit	4	112,50 bzG
do. Centralbdn.	4	124,50 G
do. Hyp.-Spielh.	4	95,25 G
Produkt.-Handelsbk	4	76,75 bzG
Sächsische Bank	4	125,25 bz
Schaaffhaus. Bankv.	4	92,25 G
Schles. Bankverein	4	112,60 bzG
Südd. Bodenkredit	4	142,00 bzG

Industrie-Aktien.

Brauerei Patzenhof.	4	195,00 B
Dannenb. Kattun.	4	
Deutsche Bauges.	4	
Dtsch. Eisenb.-Bau	4	
Dtsch. [illegible] u. Eis.	4	
Donnersmarckhütte	4	60,80 bzG
Dortmunder Union	4	16,75 bzB
Egells Masch.-Akt.	4	24,00 bz
Erdmannsd. Spinn.	4	28,50 G
Flora f. Charlottenb.	4	
Frist u. Roßm. Näh.	4	77,50 G
Gelsenkirch.-Bergw.	4	135,25 G
Georg-Marienhütte	4	95,00 B
Hibernia u. Shamr.	4	96,00 bzG
Immobilien (Berl.)	4	82,00 bzG
Kramsta, Leinen-F.	4	95,00 bzB
Lauchhammer	4	29,10 G
Laurahütte	4	126,40 bz
Luise Tiefb.-Bergw.	4	50,90 bzG
Magdeburg. Bergw.	4	119,00 G
Marienhüt. Bergw.	4	47,50 bzG
Menden u. Schw.B.	4	70,10 bzG
Oberschl. Eis.-Bed.	4	43,50 B
Ostend	4	
Phönix B.-A. Lit. A	4	85,80 bz
Phönix B.-A. Lit. B.	4	43,00 G
Redenhütte cons.	4	108,50 G
Rhein.-Nass. Bergw.	4	73,50 bzG
Rhein.-Westf. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	26,50 bzG
Unter den Linden	4	8,60 G
Wöhlert Maschinen	4	17,75 bz

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	47,25 bz
Altona-Kiel	4	192,00 bzG
Bergisch-Märkische	4	123,30 bzG
Berlin-Anhalt	4	142,25 bzG
Berlin-Dresden	4	16,25 bzG
Berlin-Görlitz	4	31,70 bz
Berlin-Hamburg	4	298,00 bz
Bresl.-Schw.-Frbg	4	99,50 bz
Hall.-Sorau-Guben	4	17,60 bzG
Märkisch-Posener	4	33,00 bzB
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Lit. B.	4	
Nordhausen-Erfurt	4	27,75 bz
Oberschl. Lit. A u. C.	3½	246,80 bz
do. Lit. B.	3½	195,25 bzG
Ostpreuß. Südbahn	4	58,20 bz
Rechte Oderuferb.	4	166,75 bz
Rhein-Nahebahn	4	15,25 B
Stargard-Posen	4½	102,75 G
Thüringische	4	214,25 B
do. Lit. B. v. St. gar	4	100,10 G
do. Lit. C. v. St. gar	4½	110,70 bz
Ludwigsh.-Berbach	4	205,75 G
Mainz-Ludwigsh.	4	99,50 bz
Weimar-Geraer	4½	50,75 bzB

Albrechtsbahn	5	36,50 bz
Amsterd.-Rotterd.	4	141,75 bz
Aussig-Teplitz	4	
Böhm. Westbahn	5	136,60 bz
Brest-Grajewo	5	
Dux-Bodenbach	4	145,50 bzG
Elisabeth-Westbahn	5	93,50 bzG
Kais. Franz Joseph	5	83,60 G
Gal. (Karl Ludwig.)	5	133,75 bz
Gotthard-Bahn 90%	5	76,50 G
Kaschau-Oderberg	4	63,75 bzG
Lüttich-Limburg	4	12,25 bzG
Oestr.-frz. Staatsb.	4	
do. Nordw.-B.	5	394,00 B
do. Litt. B. Elb.	4	
Reichenb.-Pardubitz	4½	71,20 bz
Kronpr. Rud.-Bahn	5	72,30 bzG
Rjask-Wjas	5	
Rumänier	3½	61,20 G
do. Certifikate	4	
Russ. Staatsbahn	5	134,00 bz
do. Südwestbahn	5	64,10 G
Schweizer Unionb.	4	46,90 bz
Schweizer Westbahn	4	35,00 bzG
Südösterr. (Lomb.)	4	
Turnau-Prag	4	130,90 bzG
Warschau-Wien	4	245,50 G

Eisenbahn-Stammprioritäten.

Berlin-Dresden	5	44,75 bzG
Berlin-Görlitzer	5	95,50 B
Halle-Sorau-Gub.	5	78,75 bzG
Märkisch-Posen	5	114,90 bz
Marienb.-Mlawka	5	102,75 bz
Münster-Enschede	5	21,50 bzG
Nordhausen-Erfurt	5	97,25 bzG
Oberlausitzer	5	49,80 bzG
Oels-Gnesen	5	48,60 bzG
Ostpreuß. Südbahn	5	95,50 bzG
Posen-Creuzburg	5	68,50 bzG
Rechte Oderuf.-Bahn	5	163,10 bzG
Rumänische	5	
Saalbahn	5	69,50 bz
Saal-Unstrutbahn	3	
Tilsit-Insterburg	5	77,00 B
Weimar-Geraer	5	33,25 bzG

Staatsbahn-Aktien.

Brl.-Potsd.-Magd.	4	
Berlin-Stettin	4½	116,50 bzB
Cöln-Minden	6	
Magd.-Halberstadt	3½	
Mgd.-Halbst. B. abg.	3½	
do. B. unabg.	3½	88,25 bzG
do. C. do. abg.	5	125,50 bzG

Münster-Hamm	4	100,25 G
Niederschl.-Märk.	4	100,50 bz
Rhein. St.A. abg.	6½	162,00 bzG
do. neue 4proc.	5	159,10 bzG
do. Lit. B. gar.	4	100,10 G

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach.-Mastricht	4½	99,90 G
do. do. II.	5	99,90 G
do. do. III.	5	99,90 G
Berg.-Märkische I.	4½	103,00 G
do. II.	4½	103,00 G
do. III. v. St. g.	3½	93,40 bz
do. do. Litt. B.	3½	93,40 bz
do. do. Litt. C.	3½	93,00 G
do. IV.	4½	102,70 bzG
do. V.	4½	102,70 bzG
do VI.	4½	103,70 bz
do. VII.	4½	102,90 bz
Aachen-Düsseldf. I	4	99,75 B
do. do. II	4	99,75 B
do. do. III	4½	102,00 G
do. Düss.-Elb.-Pr	4	
do. do. II	4½	102,00 G
do. Dortm.-Soest	4	99,75 G
do. do. II.	4½	102,40 bz
do. Nordh.Fr.W.	4½	102,50 B
do. Ruhr.-K.-G. I.	4½	102,00 G
do. do. II	4½	
do. do. III	4	102,00 G
Berlin-Anhalt A.	4½	102,90 bz
do. B.	4½	102,90 bz
do. Litt. C.	4½	102,80 bzB
Berlin-Görlitz	4½	
do. do. Litt. B.	4½	
Berlin-Hamburg I.	4	
do. do. II	4	
do. do. III.	4½	103,00 G
Brl.-Ptsd.-M.A.B.	4	100,40 G
do. do. C.	4	100,30 G
do. do. D.	4½	103,90 B
do. do. E.	4½	102,70 bzG
Berlin-Stettin I.	4½	
do. do. II.	4	100,50 bzG
do. do. III.	4	100,50 bzG
do. IV. v. St. g.	4	100,50 bzG
do. VI. do.	4	
do. VII.	4½	
Bresl.-Schw.-Freib.	4½	
do. do. Litt. G.	4½	
do. do. Litt. H.	4½	102,50 G
do. do. Litt. I.	4½	102,50 G
do. do. 1876	5	105,75 G
Cöln-Minden IV.	4	100,50 B
do. do. V.	4	101,00 bz
do. do. VI.	4½	103,50 bzG
Halle-Sorau-Guben	4½	103,90 bzB
do. do. C.	4½	
Hannov.-Altenbk. I.	4½	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Märkisch-Posener	4½	102,75 bzB
Mainz-Ludwigsh.	4½	102,60 G
do. do.	5	105,30 bzB
Magd.-Halberstadt	4½	
do. do. de 1861	4½	
do. do. de 1873	4½	102,70 B
do. Leipz. A.	4½	104,60 bzG
do. do. B.	4	100,30 G
do. Wittenberge	4½	102,00 B
do. do.	3	85,00 B
Niederschl.-Märk. I.	4	100,25 B
do. II. a 62½ thlr.	4	
do. Obl. I. u. II.	4	100,25 B
do. do. III conv.	4	100,50 B
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	
do. C.	4	
do. D.	4	
do. E.	3½	93,75 G
do. F.	4½	
do. G.	4½	
do. H.	4½	103,70 bzB

Oberschles. v. 1869	4½	
do. v. 1873	4	
do. v. 1874	4½	104,00 G
Brieg-Neisse	4½	
do. Cos.-Oderb.	4	
do. do.	5	
do. Nied.-Zwgb.	3½	
do. Starg.-Pos.	4	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Ostpreuß. Südbahn	4½	102,50 G
do. Litt. B.	4½	102,50 G
do. Litt. C.	4½	102,50 G
Rechte-Oder-Ufer	4½	103,00 B
Rheinische	4	
do. v. St. gar.	3½	
do. v. 1858, 60	4½	102,80 bzB
do. v. 1862, 64	4½	102,80 bzB
do. v. 1865	4½	102,80 bzB
do. 1869, 71, 73	4½	103,00 B
do. v. 1874, 77	4½	
Rh.-Nahe v. St. g.	4½	
do. II. do.	4½	
Schleswiger	4½	
Thüringer I.	4	100,60 G
do. II.	4½	
do. III.	4	100,60 G
do. IV.	4½	
do. V.	4½	
do. VI.	4½	

Ausländische Prioritäten.

Elisabeth-Westbahn	5	86,50 bzG
Gal. Karl-Ludwig I.	5	94,30 G
do. do. II.	5	94,30 G
do. do. III.	5	94,30 G
do. do. IV.	5	94,30 G
Lemberg-Czernow. I	5	81,50 bzG
do. II.	5	86,00 G
do. III.	5	81,90 G
do. IV.	5	81,25 G
Mähr.-Schl. C.-B.	fr	48,25 bz
Oesterr.-Frz.-Stsb.	3	378,00 G
do. Ergänzsb.	3	360,00 bzB
Oesterr.-Frz.-Stsb.	5	104,10 bz
do. II. Em.	5	104,10 bz
Oesterr. Nordwest.	5	88,20 bzB
Oest. Nrdwstb. Lit. B	5	86,90 bz
do. Geld-Priorit.	5	
Kaschau-Oderb. gar.	5	82,00 bzB
Kronpr. Rud.-Bahn	5	85,00 bzG
do. do. 1869	5	84,60 G
do. do. 1872	5	84,60 G
Rab-Graz Pr.-A.	4	95,40 G
Reichenb.-Pardubitz	5	84,50 B
Südösterr. (Lomb.)	3	279,20 bzB
do. do. neue	3	279,70 bzG
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	
do. do. 1877	6	
do. do. 1878	6	
do. do. Oblig.	5	100,00 bzG
Brest-Grajewo	5	91,70 bz
Charkow-Asow g.	5	96,25 bzG
do. in Lstr. a 20	5	92,10 G
Chark.-Krementsch.	5	95,50 bz
Jelez-Orel, gar.	5	95,50 G
Koslow-Woron. gar	5	98,90 bz
Koslow-Woron. Ob.	5	87,20 bzB
Kursk-Chark. gar.	5	95,70 bzB
K.-Chark-As. (Obl.)	5	86,50 G
Kursk-Kiew, gar.	5	100,30 bzG
Losowo-Sewast.	5	83,70 B
Mosko-Rjäsan, g.	5	102,60 bzG
Mosk.-Smolensk, g.	5	97,30 bzG
Schuja-Iwanow.	5	95,00 bz
Warsch.-Teresp., g.	5	
do. kleine, g.	5	98,75 bz
Warschau-Wien II.	5	
do. III.	5	103,00 G
do. IV.	5	101,90 G
Zarskoe-Selo	5	72,40 bz

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. (E. Röstel) in Posen.